mischen Republik" die reaktionären iranischen Streitkräfte beim Ausrottungskrieg gegen den revolutionären Befreiungskampf im Kurdistan und befehligte er die blutige Unterdrückung der fortschrittlichen Studenten. Heute versucht er vom Ausland her den revolutionären Kampf für echte Unabhängigkeit und Volksdemokratie zu hintertreiben. Für die revolutionären Volksmassen gibt es dagegen nur eine wirkliche Alternative: Bewaffnete Zerschlagung der vom Imperialismus nach wie vor abhängigen Ausbeuterordnung auf dem Wege der demokratischen Volksrevolution, Errichtung der demokratischen Volksrepublik unter Führung der Arbeiterklasse !

FÜR DIE VOLKSDEMOKRATISCHE REPUBLIK IM IRAN - UNTER FÜHRUNG DER ARBEITERKLASSE !

Wir unterstützen den Kampf der Arbeiter und aller Werktätigen Massen gegen die faschistische Militärdiktatur in der Türkei ! Durch die unerhörte Verschärfung des blutigen Terrors in der Türkei nach dem 12.September 1980 wurden den revolutionären und fortschrittlichen Kräften schwere Schläge versetzt. Doch während sie die Lehren aus der Vergangenheit ziehen, sammeln die Revolutionäre der Türkei erneut ihre Kräfte, um sich für die kommenden Klassenschlachten zu rüsten. Für die Perspektive des Klassenkampfes ist dabei von entscheidender Bedeutung die Einsicht, daß weder Demirel noch Ecevit noch irgendein anderes vermeintlich "kleineres Übel" für die werktätigen Massen verschiedener Nationalitäten einen Ausweg aus Hunger und Elend, Unterdrückung und imperialistischer Ausplünderung bieten können. Nur der revolutionäre Kampf für die demokratische Volksrevolution gegen Imperialismus, Kompradorenbourgeoisie und Großgrundbesitzer kann den Arbeitern und Bauern der Türkei eine lichte Zukunft eröffnen !

ES LEBE DIE DEMOKRATISCHE VOLKSREVOLUTION IN DER TÜRKEI !

Im besonderen verurteilen wir alle Formen der nationalen Unterdrückung im Iran und in der Türkei. Wir verteidigen das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen, z.B. der Kurden und Turkmenen, d.h. ihr Recht auf staatliche Lostrennung, und die Rechte aller nationalen Minderheiten gegen alle offenen und versteckten Formen der nationalen Verhetzung, des Chauvinismus und der nationalen Versklavung !

ES LEBE DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER ÜNTERDRÜCKTEN NATIONEN !

In einem Land wie Österreich bedeutet das Festhalten am proletarischen Internationalismus, mit besonderer Entschiedenheit die Arbeiterklasse und die revolutionären Massen jener Länder zu unterstützen, die von der "eigenen" Bourgeoisie ausgebeutet bzw. mitausgebeutet werden. Die imperialistische Bourgeoisie Österreichs ist ein geschworener Feind der um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völker. Das beweist zur Genüge deren Beteiligung an der reaktionären "Türkei-Hilfe", die Waffengeschäfte vor allem mit "Kürassier"-Panzern zur Niederschlagung der Arbeiter- und Volkskämpfe in Bolivien, Argentinien usw. Die imperialistische Bourgeoisie Österreichs zeigt ihr wahres reaktionäres Wesen insbesondere auch in der doppelten Ausbeutung und Unterdrükkung, der di ausländischen Arbeiter in Österreich unterworfen sind. Dagegen ist die sogenannte "Polen-Hilfe" ebenso wie die heuchlerische "Hilfe" des sogenannten "Hilfskomitees für Afghanistan" ein reaktionärer Betrug, ein billiges Werbemittel, um die eigene imperialistische Wäsche reinzuwaschen !

Während im Inneren Österreichs angesichts der zunehmend krisenhaften Entwicklung, angesichts der Massenentlassungen und wachsender Arbeitslosigkeit sich das Märchen von der "Insel der Seligen" immer mehr an den harten Tatsachen der kapitalistischen Realität zerschlägt, rüstet die österreichische Bourgeoisie ihren staatlichen Unterdrückungsapparat weiter auf, um den Klassenkampf des Proletariats gewaltsam niederzuschlagen, wenn die Demagogie vom "sozialen Frieden" nicht mehr verfängt. Dabei richten sich die staatlichen Unterdrückungs- und Schikanemaßnahmen bereits heute besonders auch gegen die fortschrittlichen und revolutionären Organisationen der ausländischen Arbeiter und Studenten. Dagegen betonen wir antifaschistischen, antiimperialistischen und revolutionären Organisationen verschiedener Nationalitäten in Österreich die Notwendigkeit, uns im Kampf gegen alle imperialistischen Anschläge, im Kampf gegen chauvinistische und rassistische Spaltungsmanöver eng zusammenzuschließen und uns gegenseitig zu unterstützen.

SCHLUSS MIT DER UNTERDRÜCKUNG DER FORTSCHRITTLICHEN UND REVOLUTIONÄREN AUSLÄNDISCHEN ORGANISATIONEN IN ÖSTERREICH !

GEGEN RASSISMUS UND CHAUVINISMUS !

ÖSTERREICHISCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER, EINE KAMPFFRONT !

NIEDER MIT DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS !

NIEDER MIT DEM WELTIMPERIALISMUS !

INTERNATIONALE





Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte!
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
duldet die Schmach nun länger nicht!
|: Völker, hört ... :|

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muß unser sein;
unser Blut sei nicht mehr der Raben
und der nächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!
|: Völker, hört ... :|

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz Strobl
Alle, sowie Adresse der Redaktion: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64
Verlags- und Herstellungsort: Wien

P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 206 | 6. Ausgabe 1982 | S 20,-

Zu seinem 100.Geburtstag:

Georgi Dimitroff

Unbeugsamer bolschewistischer Kämpfer gegen Opportunismus und Revisionismus

Am 18.Juni 1982 jährte sich zum 100.Male der Geburtstag Georgi Dimitroffs, jenes hervorragenden Kommunisten, der aufgrund seines unerschrockenen Auftretens vor dem hitlerfaschistischen Klassengericht in der ganzen Welt als der "Held von Leipzig" bekannt geworden ist. Dimitroff sagte am Anfang seiner Schlußrede im Reichstagsbrandprozeß am 16.Dezember 1933:

"Ich gebe zu, meine Sprache ist scharf und hart. Mein Kampf und mein Leben waren auch immer scharf und hart. Diese Sprache ist aber eine offene und aufrichtige Sprache. Ich pflege die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Ich bin kein Rechtsanwalt, der hier seinen Mandanten pflichtgemäß verteidigt.
Ich verteidige meine eigene

Aus dem Inhalt

kommunistische, revolutionäre Ehre.
Ich verteidige meine Ideen, meine kommunistische Gesinnung. Ich verteidige den Sinn und Inhalt meines Lebens." (Aus Reden und Schriften Georgi Dimitroffs, Wien, 195o, S.19)

Bekanntlich ging Genosse Dimitroff aus dieser Schlacht als Sieger hervor. Der "Angeklagte" Dimitroff wurde zum Ankläger der Göring und des ganzen nazifaschistischen Blutregimes. Vereint mit einer weltweiten proletarischen und antifaschistischen Solidaritätsbewegung zwang Dimitroff die faschistische Bestie zum Rückzug, bereitete er den Nazis eine schwere politische und moralische Niederlage.

In seiner Rede vor österreichischen Schutzbündlern in Moskau am 6.Mai 1934 sagte Genosse Dimitroff selbst dazu:

"Genossen und Genossinnen! Ich habe mich vorher mehr als 22 Jahre in der revolutionären Arbeiterbewegung Bulgariens betätigt und war anfangs noch nicht Bolschewik, sondern 'engherziger Sozialist'*, wie man unsere Partei genannt hat. Ich war revolutionärer Sozialist, revolutionärer Marxist, aber nicht Bolschewik. Ich erinnere mich, daß ich auch damals Gelegenheit hatte, Mut zu beweisen, und ich kann sagen, daß ich während meiner Tätigkeit in Bulgarien in vielen Fällen nicht weniger 'Heroismus' bewiesen habe als in Leipzig, aber wenn ich vor dem Leipziger Gericht als 'engherziger Sozialist' gestanden hätte, so hätte ich bei allem Mut und würdigem Auftreten doch nie solch eine bolschewistische Schlacht schlagen und solch einen bolschewistischen Sieg erringen können." (Gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie, Rede vor den Schutzbündlern in Moskau, Ausgewählte Schriften in 3 Bänden, Berlin 1958, Bd.2, S.465)

Dimitroff erläuterte das den Schutzbündlern so:

"Was an meinem Auftreten Bedeutung und Wert hatte, war nicht einfacher Heroismus, sondern bolschewistischer Heroismus. Es ist Tatsache, daß in meiner Person ein revolutionärer Proletarier vor dem Klassengericht stand, der unbegrenzten Glauben an die Kräfte der Arbeiterklasse in sich trägt, ein revolutionärer Proletarier, dem in seinem täglichen Leben und Kampf unsere große Lehre, der Marxismus-Leninismus, als leuchtender Stern den Weg weist, ein revolutionärer Proletarier, der das Beispiel der russischen Bolschewiki vor Augen hat und dem Feind mit bolschewistischen Waffen begegnet." (Ebenda, S.484)

Der Bolschewik Dimitroff, der treue Schüler und Kampfgefährte Lenins und Stalins, der hervorragende Führer der Kommunistischen Internationale und der Bulgarischen Kommunistischen Partei, ist es, den wir anläßlich seines 100.Geburtstags propagieren müssen. Für uns Marxisten-Leninisten ist das im besonderen auch eine Verpflichtung, um die schmutzigen Manöver zu durchkreuzen, mit denen die Revisionisten die revolutionäre Persönlichkeit Dimitroffs, sein dem Kommunismus ergebenes Schaffen, herabzuwürdigen und zu entstellen suchen.

Anläßlich seines 100.Geburtstags unternahmen die KPÖ-Revisionisten in einem "Wochenend-Panorama" der revisionistischen "Volksstimme" den niederträchtigen Versuch, Genossen Dimitroff als eine Art "Vorkämpfer" des modernen Revisionismus erscheinen zu lassen, der angeblich schon immer das angestrebt habe, was die Revisionisten heute betreiben. In Wirklichkeit haben die KPÖ-Revisionisten schon längst jene revolutionäre Sache verraten, in deren Dienst Genosse Dimitroff sein ganzes Leben gestellt hat. Dabei scheuen die modernen Revisionisten auch nicht vor direkten Verfälschungen der Schriften und Reden Dimitroffs zurück.*

In diesem Artikel können wir bloß einige wenige Aspekte und Abschnitte des umfangreichen revolutionären Werks des Genossen Dimitroff beleuchten, die uns unter dem Blickwinkel der heutigen Aufgaben des Kampfes gegen den modernen Revisionismus und jeglichen Opportunismus besonders aktuell erscheinen. Dabei wollen wir besonders auch Dimitroff s e l b s t sprechen lassen.

I.

DIMITROFFS KAMPF FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER REINHEIT DER REVOLUTIONÄREN THEORIE

Im Dezember 1939 verfaßte Dimitroff anläßlich Stalins 60.Geburtstag den ausgezeichneten Artikel "Stalin und das internationale Proletariat", der bezeichnenderweise nicht in die dreibändigen "Ausgewählten Schriften" Dimitroffs aufgenommen wurde, die 1956 und 1958 im Dietz-Verlag (DDR) herausgegeben wurden. Dimitroff schrieb in dem Artikel:

"Der Verrat in der Politik begann gewöhnlich mit der Revision der Theorie. So war es bei den Opportunisten der II. Internationale. So war es bei den Menschewiki. So war es bei den Trotzkisten, den Bucharin-Leuten, den Sinowjew-Leuten und den anderen Feinden der Partei und der Arbeiterklasse. Der Kampf für die Reinheit der revolutionären Theorie und die Unversöhnlichkeit gegenüber der Vulgarisierung und Entstellung der Theorie sind vom Bol-

---

* 1903 spaltete sich die Bulgarische Arbeiterpartei in die revolutionär-marxistischen "engherzigen Sozialisten" und die sozialreformistischen "weitherzigen Sozialisten". Die "engherzigen Sozialisten" standen den russischen Bolschewiki nahe, waren gekennzeichnet durch ihre Klassenunversöhnlichkeit gegenüber der Bourgeoisie und deren reformistischen Agenten. Aber in vielen Fragen standen die "engherzigen Sozialisten" noch nicht auf dem Boden des Leninismus. 1919 trat die Partei als einheitliches Ganzes der Kommunistischen Internationale bei und beschritt den Weg ihrer Bolschewisierung zur leninistischen Partei neuen Typs.

* Nehmen wir nur zwei Beispiele aus Dimitroffs Referat auf dem V.Parteitag der Bulgarischen Kommunistischen Partei im Jahre 1948. Darin verurteilt Dimitroff scharf den "Verrat der Titogruppe", dieser "gewöhnlichen bürgerlichen chauvinistischen Clique" (siehe "Rolle und Bedeutung der Volksdemokratie", Berlin 1953, S.76 und 74). Er schloß dieses Referat mit dem "allgemeinen Ruf der Partei: Unter dem unbesiegbaren Banner von Marx, Engels, Lenin u n d S t a l i n vorwärts und immer vorwärts zum Sozialismus, zum Kommunismus!" (Ebenda, S.105)

In den von den SED-Revisionisten 1956 und 1958 herausgegebenen "Ausgewählten Schriften" Dimitroffs ist dieses Referat ebenfalls enthalten. Aber erstens wurde die Verurteilung der Titorevisionisten einfach wegmanipuliert und zweitens wurde aus Dimitroffs Ruf am Ende der Rede Stalin herausgestrichen! (Vgl.Bd.3 der "Ausgewählten Schriften"). Der reaktionäre politische Sinn derartiger revisionistischer Gaunereien, von denen man dutzende aufzählen könnte, liegt klar auf der Hand.

schewismus nicht zu trennen." (Aus Reden und Schriften Georgi Dimitroffs, Wien, 1950, S.81)

In seinem Referat "Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus" auf dem VII.Weltkongreß der Komintern gab Dimitroff selbst ein gutes Beispiel für die Verteidigung des Leninismus gegen revisionistische Verfälschungen.

Ausgehend von der Leninschen Lehre, daß es für die siegreiche Vorbereitung der proletarischen Revolution nicht genügt, die Vorhut des Proletariats für die Diktatur des Proletariats zu gewinnen, und es für das Heranführen der Massen an die Position der Vorhut unerläßlich ist, "die Form des Übergangs zur proletarischen Revolution bzw. des Herantretens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen" (Lenin), stellte die Kommunistische Internationale für eine Reihe von Ländern die Losung der "Einheitsfrontregierung" auf. Gegen die rechtsopportunistische Verdrehung dieser Losung zeigte Dimitroff, wie man Lenin gegen jene verteidigen muß, die sich heuchlerisch auf ihn berufen, seine Lehre in Wirklichkeit aber entstellen:

"Die Rechtsopportunisten aber versuchten, mit Hilfe dieser Losung, ein besonderes 'demokratisches Zwischenstadium' zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive 'Zwischenstadium' nannten sie auch 'Übergangsform' und beriefen sich sogar auf Lenin ! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken; sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die 'proletarische Revolution', d.h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur." (Nachdruck aus dem Protokoll des VII. Weltkongresses der KI, Mannheim 1975, S.68, Sperrungen im Original)

Damit entlarvte Dimitroff prinzipiell eine ganz zentrale rechtsopportunistische These, die heute zum Standardarsenal der modernen Revisionisten gehört. So "orientiert" z.Bsp. die ganz und gar antimarxistisch und antileninistisch gewordene KPÖ "zunächst auf eine Etappe der antimonopolistischen Demokratie" ("Programm", S.45) mit einem speziellen Staatstypus, nämlich einem "Staat der antimonopolistischen Demokratie", der schön langsam den Sozialismus vorbereitet. Wohin die von den Revisionisten verbreitete Illusion eines solchen schleichenden "demokratischen" Weges zum Sozialismus ohne proletarische Revolution in Wirklichkeit führt, hat Dimitroff anhand der Praxis der konterrevolutionären Sozialdemokratie ebenfalls schon längst entlarvt.



Georgi Dimitroff, der sich schon als Fünfzehnjähriger der revolutionären Bewegung angeschlossen hatte, wurde 1904 Leiter des Bulgarischen Arbeiterverbandes. Er bewährte sich als kühner Organisator der Arbeiterkämpfe. Unser Bild zeigt Dimitroff und seinen ständigen Kampfgefährten Kolaroff im Organisationskomitee 1923. (Nach einer Lithographie von Luba Palikorewa.)

II.

DIMITROFFS KAMPF ZUR ENTLARVUNG DER KONTERREVOLUTIONÄREN SOZIALDEMOKRATIE, DER VERRÄTER AN DER PROLETARISCHEN REVOLUTION, DER WEGBEREITER DES FASCHISMUS

Nach der Niederschlagung der bewaffneten Februarkämpfe des österreichischen Proletariats im Jahre 1934 lenkte Dimitroff in seiner Rede vor den Schutzbündlern in Moskau die Aufmerksamkeit auf die historische Verantwortung der verräterischen Sozialdemokratie, die mit ihrem verbrecherischen Gerede vom "friedlich-parlamentarischen" Weg die Arbeiterklasse politisch betrogen hatte:

"Was kam, war das Ergebnis des Verrats, war die Folge der sozialdemokratischen Politik. Damals hat die sozialdemokratische Führung gepredigt: 'Auf friedlichem Wege kommen wir am sichersten zum Sozialismus... Jetzt haben wir schon die Gemeinden in unseren Händen, morgen werden wir die Regierung leiten. Schon haben wir 40 Prozent der Stimmen, morgen bekommen wir 50 Prozent, und wenn wir 51 Prozent haben, sind wir die Mehrheit und - der Sozialismus ist da!' <u>Wo dieser 'friedliche Weg' eingeschlagen wurde, dieser scheinbar billigere Weg, der scheinbar weniger Opfer, Blut und Leiden kostete, dort regieren heute die Herren Dollfuß und Fey, Hitler und Göring</u>." (Gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie, Ausgewählte Schriften, Bd.2, S.469)

Und in seinem bekannten "Brief an die österreichischen Arbeiter" schrieb Dimitroff über die



Das Haus Wien IX. Wiesengasse 20, in dem sich eine der illegalen Wohnungen Dimitroffs in den Zwanzigerjahren befunden hat

blutige Niederlage der Februarkämpfe:

"Jawohl, eine Katastrophe liegt vor. Aber eine Katastrophe der ganzen II.Internationale, ihrer Theorie, ihrer Politik und Taktik. Ein Zusammenbruch der sozialdemokratischen Theorie vom friedlichen, schmerzlosen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus auf dem Weg der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, ein Zusammenbruch der reformistischen Politik, die den zerfallenden Kapitalismus zu flicken versuchte, der Zusam-

menbruch einer Taktik, die darauf ausgeht, die proletarische Revolution abzuwenden." (Aus Reden und Schriften Georgi Dimitroffs, S.35/36)

Im selben Brief schreibt Dimitroff weiter:

"Im Licht des siegreichen Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion gesehen, bedeuten die Ereignisse in Österreich und Deutschland eine auf Grund der Erfahrung von Millionenmassen unternommene Probe auf die zwei Wege zum Sozialismus: einerseits den Weg der Partei Lenins und Stalins, den Weg der Kommunistischen Internationale, andererseits den Weg der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie, der II.Internationale. Der erste Weg, der Weg der proletarischen Revolution, hat in der Sowjetunion die Arbeiterklasse und unter ihrem Einfluß auch die Hauptmassen der Bauernschaft bereits zum Sozialismus geführt. Der zweite Weg, der Weg der Kompromisse mit der Bourgeoisie, führte, wie die Ereignisse in Italien, Deutschland und Österreich anschaulich zeigten, zum Siege der Konterrevolution, zum Triumph des Faschismus." (Ebenda)

Es kann keinen "friedlich-gewaltlosen Weg zum Sozialismus" geben - das betonte Dimitroff nochmals von der Tribüne des VII.Weltkongresses aus, gerade auch

"weil die Erfahrung des großen Sieges der Oktoberrevolution einerseits und die bitteren Lehren in Deutschland, Österreich und Spanien andererseits für die ganze Nachkriegsperiode von neuem bestätigt haben, daß der Sieg des Proletariats nur durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie möglich ist und daß die Bourgeoisie die Arbeiterbewegung eher in einem Meer von Blut ersticken wird, als daß sie zuläßt, daß das Proletariat den Sozialismus auf friedlichem Wege errichtet." (Nachdruck aus dem Protokoll des VII.Weltkongresses der KI, Mannheim 1975, S.81)

In Übereinklang mit Stalins Definition der Notwendigkeit und der Aufgaben der Diktatur des Proletariats fährt Dimitroff fort:

"Die Erfahrung der Oktoberrevolution hat anschaulich gezeigt, daß der grundlegende Inhalt der proletarischen Revolution die Frage der proletarischen Diktatur ist, die berufen ist, den Widerstand der gestürzten Ausbeuter zu unterdrücken, die Revolution für den Kampf mit dem Imperialismus zu bewaffnen und die Revolution bis zum vollständigen Sieg des Sozialismus zu führen." (Ebenda)

Das sind glasklare marxistisch-leninistische Positionen, jedes Wort eine schallende Ohrfeige für die modernen Revisionisten, die mit ihrer konterrevolutionären Propaganda vom "friedlich-parlamentarischen Weg" in die Fußstapfen der reaktionären Sozialdemokratie getreten sind.

Genausowenig wie die Sozialdemokratie vor dem 2.Weltkrieg aus den von Dimitroff analysierten Erfahrungen gelernt hat und daraus zu lernen bereit war, genausowenig sind dazu heute die modernen Revisionisten willens und fähig. Auch nach den blutigen Niederlagen in Indonesien 1965 und in Chile 1973 hören sie nicht auf, die verheerende Illusion vom "friedlich-parlamentarischen", nichtdiktatorischen "demokratischen" Weg zum Sozialismus zu verbreiten. Als Wasserträger der Imperialisten und Sozialimperialisten sind sie einfach außerstande, aus der Geschichte zu lernen. Das beweist auch die sozialverräterische KPÖ. Wie seinerzeit der Renegat Kautsky faseln die KPÖ-Revisionisten in ihrem zu Jahresanfang 1982 beschlossenen neuen Programm davon, "daß jeder Weg zum Sozialismus, wie immer er verläuft, nur ein demokratischer sein kann" (S.43), wobei sie "demokratisch" natürlich ganz im Sinne der bürgerlichen Demagogie als Gegenteil von "diktatorisch" auffassen.

Kann es irgendeinen Zweifel geben, daß die Muhri-Revisionisten nicht schon längst in den Stall jener Kreaturen gehören, die Dimitroff sein lebtag lang als Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse unerbittlich bekämpft und schonungslos angeprangert hat ?!

III.

DIMITROFFS KAMPF FÜR DEN AUFBAU EINER WIRKLICH KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE, EINER WAHRHAFT KOMMUNISTISCHEN PARTEI OHNE UND GEGEN DIE OPPORTUNISTEN

Nach dem schmählichen Zusammenbruch der II.Internationale infolge des Verrats ihrer opportunistischen Führer machten sich die dem Marxismus treu gebliebenen Internationalisten unter der Führung der Bolschewiki, mit Lenin und Stalin an der Spitze, sogleich daran, eine neue Internationale aufzubauen. Im März 1919 konnte die III., die Kommunistische Internationale, gegründet werden, die - besonders aufgrund des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution - sehr rasch unter den Arbeitern und unterdrückten Völkern der Welt gewaltige Autorität gewann.

Bereits der II.Weltkongreß der Komintern im Jahre 1920 sah sich mit dem ernsten Problem konfrontiert, daß sich nun opportunistische Elemente an die neue Internationale heranmachten, die sich zwar in Worten zum Kommunismus bekannten, in der Tat aber die alten Opportunisten geblieben waren oder sich nur ganz oberflächlich von ihrem opportunistischen Ballast freigemacht hatten. Das beschwor die Gefahr einer Verwässerung der Komintern, eines Rückfalls in die unseligen Traditionen der II.Internationale, herauf.

Um dem einen Riegel vorzuschieben, wurden vom II.Weltkongreß der Komintern die von Lenin verfaßten 21 "Aufnahmebedingungen" verabschiedet, als Waffe im Kampf für eine von opportunistischen Elementen gereinigte Kommunistische Internationale.

An der Seite Lenins und Stalins führte Dimitroff einen unversöhnlichen Kampf für die konsequente Anwendung dieser "Aufnahmebedingungen". In dem Artikel "Laßt uns wachsam sein!" schrieb er:

"Viele opportunistische Arbeiterführer sahen, daß die bislang von ihnen geführten Massen von revolutionärer Stimmung erfaßt waren und sie selber Gefahr liefen, in der Luft hängen zu bleiben. Sie begannen deshalb, sich bei Moskau anzubiedern und mit dem Kommunismus zu liebäugeln, ohne jedoch selber wirklich Kommunisten geworden zu sein. Sie waren bereit, einen neuen o p p o r t u n i s t i s c h e n Akt zu vollbringen, nämlich sich a n z u p a s s e n im Moment der revolutionären Stimmung der Arbeitermassen, wo

diese Treue zur Kommunistischen Internationale zeigten, i n W o r t e n auf ihr Programm zu schwören, in der Hoffnung, später i n d e r T a t die Praktiken fortsetzen zu können, die sie von der zweiten, sozialverräterischen Internationale geerbt haben." (Ausgewählte Schriften, Bd.1, S.459, 1920, Sperrungen im Original)*

In voller Übereinstimmung mit Lenin charakterisierte Dimitroff das Wesen der Opportunisten:

"Die Opportunisten sind ja gerade deshalb Opportunisten, weil sie die Kunst beherrschen, sich leicht und ohne jegliche Skrupel den verschiedensten, einander widersprechenden Situationen anzupassen, dabei aber stets ihrer opportunistischen Natur und ihren zukünftigen sozialverräterischen Absichten in der Arbeiterbewegung treu bleiben." (Ebenda)

Genosse Dimitroff rief dazu auf, "wachsam zu sein und nicht für momentane Scheinerfolge die Zukunft der kommunistischen Arbeiterbewegung aufs Spiel zu setzen" (ebenda). Er schlußfolgerte:

"Die revolutionäre Vereinigung des Proletariats kommt heute in allen Ländern nicht durch Schonung der opportunistischen und zentristischen Führer, nicht durch Konzessionen, Kompromisse, gegenseitige Komplimente und diplomatische Kniffe zustande, sondern durch die entschlossene t a t s ä c h l i c h e Annahme der revolutionären Prinzipien und der Taktik des Kommunismus und der Bedingungen der Kommunistischen Internationale sowie durch die Ablehnung der mit Schande bedeckten Führer." (Ebenda, Sperrung im Original)

Das Festhalten an diesem prinzipienfesten Standpunkt war auch für die Perspektive des Aufbaus der Bulgarischen Kommunistischen Partei von lebenswichtiger Bedeutung.

Jahrelang wurden die "engherzigen Sozialisten" von den opportunistischen "weitherzigen Sozialisten" des "Sektierertums", der "Fraktionsmacherei" und der "Spalterei" der Arbeiterkräfte beschuldigt, wurde ihnen vorgeworfen, "engstirnig" und "vom Leben des Landes losgelöst" zu sein. Doch schließlich konnte die Bulgarische KP, die unmittelbare Nachfolgerin der "engherzigen Sozialisten", "die herrlichen Resultate ihrer unversöhnlichen proletarischen Taktik feststellen" (Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Bd.1, S.448, 1920), während den "Weitherzigen" die Felle davonzuschwimmen begannen.

Das Fiasko der "Weitherzigen" führte zur Herausbildung einer "Kommunistischen Linken" aus ihren Reihen, die sich der Bulgarischen Kommunistischen Partei anschloß. Das war einerseits zwar ein bemerkenswerter Erfolg, doch weit davon entfernt, sich und andere daran zu berauschen, lenkte Dimitroff das Augenmerk der Partei auch auf die andere, negative Seite der Sache, auf die Gefahr einer opportunistischen Überschwemmung der Partei, zumal die "Kommunistische Linke" auch gleich ehemalige opportunistische Funktionäre der "Weitherzigen" mitbrachte. Letzteres bezeichnete Dimitroff offen als einen "dunklen Punkt", denn "bis vor wenigen Monaten führten sie einen erbitterten und schmutzigen Kampf gegen die russische proletarische Revolution, gegen

* Wie ungeheuer groß diese Gefahr war, wie klar und scharf sie von Dimitroff erkannt und vor Augen geführt wurde, welche ungeheure Tragweite daher der Tod eines solchen großartigen Schülers und Kampfgefährten Lenins und Stalins wie Dimitroff und schließlich auch der Tod Stalins selbst für die gesamte revolutionäre Weltbewegung hatte, haben die Ereignisse seither bekanntlich mit furchtbarer Deutlichkeit gezeigt.

Fortsetzung auf Seite 10

D A S L E B E N V O N

GEORGI MICHAILOWITSCH DIMITROFF

(18.6.1882 - 2.7.1949)

Georgi Michailowitsch Dimitroff wurde am 18. Juni 1882 als Sohn einer revolutionären Proletarierfamilie in Radomir geboren. Schon als Fünfzehnjähriger schloß sich der junge G. M. Dimitroff, der als Setzer in einer Druckerei arbeitete, der revolutionären Bewegung an und beteiligte sich aktiv an der Tätigkeit der ältesten bulgarischen Gewerkschaft, des Buchdruckerverbandes.

1902 wurde G. M. Dimitroff Mitglied der bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Er kämpfte auf der Seite des von Dimiter Blagoeff geführten revolutionär-marxistischen Flügels der „Engherzigen" aktiv gegen den Revisionismus.

Der aufopfernde revolutionäre Kampf G. M. Dimitroffs trug ihm die heiße Liebe der revolutionären Arbeiter Bulgariens ein, die ihn 1905 zum Sekretär des Verbandes der revolutionären Gewerkschaftsvereinigungen Bulgariens wählten. Auf diesem Posten blieb er ständig, bis 1923 diese Vereinigung von den Faschisten zerschlagen wurde.

Als Führer im Ringen des bulgarischen Proletariats bewies G. M. Dimitroff Furchtlosigkeit und Standhaftigkeit in den revolutionären Kämpfen; wiederholt wurde er verhaftet und verfolgt. In dem bewaffneten Aufstand vom September 1923 in Bulgarien stand Dimitroff an der Spitze des Obersten Revolutionskomitees und gab ein Beispiel revolutionärer Furchtlosigkeit, unerschütterlicher Standhaftigkeit und Treue zur Sache der Arbeiterklasse. Für die Leitung des revolutionären Aufstandes wird G. M. Dimitroff im Jahre 1923 von einem faschistischen Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt. 1926 wurde G. M. Dimitroff nach einem von den Faschisten organisierten provokatorischen Prozeß gegen die Führung der Kommunistischen Partei erneut in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

1923 mußte G. M. Dimitroff aus Bulgarien ins Ausland emigrieren und führte das Leben eines Berufsrevolutionärs. Er arbeitete aktiv im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

1933 wurde G. M. Dimitroff in Berlin wegen revolutionärer Tätigkeit verhaftet. In den Tagen des Leipziger Prozesses war Georgi Dimitroff der Bannerträger des Kampfes gegen den Faschismus und den imperialistischen Krieg. Sein heldenhaftes Verhalten vor Gericht, die zornigen Worte, die er den Faschisten ins Gesicht schleuderte und mit denen er ihre schändliche Provokation im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand entlarvte, rissen den faschistischen Provokateuren die Maske herunter und begeisterten neue Millionen Werktätiger in der ganzen Welt zum Kampf gegen den Faschismus.

Im Jahre 1935 wurde Georgi Dimitroff zum Generalsekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gewählt. Er führte einen beharrlichen Kampf zur Schaffung und Festigung der proletarischen Einheitsfront und der Volksfront zur Abwehr des Faschismus, gegen den Krieg, den die faschistischen Rädelsführer Deutschlands, Japans und Italiens vorbereiteten. Unermüdlich rief er die Massen der Werktätigen aller Länder auf, sich um die kommunistischen Parteien zusammenzuschließen, um den faschistischen Aggressoren den Weg zu versperren.

G. M. Dimitroff leistete große Arbeit in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung, um führende Kader der kommunistischen Parteien zu schmieden, treu der großen Lehre des Marxismus-Leninismus und den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus, bereit, die Interessen der Volksmassen ihrer Länder zu verteidigen.

Im zweiten Weltkrieg rief G. M. Dimitroff die Kommunisten auf, sich an die Spitze der antifaschistischen nationalen Befreiungsbewegung zu stellen, und arbeitete unermüdlich, um alle patriotischen Kräfte zur Zerschlagung der faschistischen Eindringlinge zu organisieren. Er war führend im Kampf der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) und aller bulgarischen Patrioten, die sich mit der Waffe in der Hand gegen die deutsch-faschistischen Okkupanten erhoben.

Für seine hervorragenden Verdienste im Kampf gegen den Faschismus wurde G. M. Dimitroff im Jahre 1945 vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR mit dem Leninorden ausgezeichnet.



Nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands leitete G. M. Dimitroff den Aufbau der neuen, Volksdemokratischen Republik Bulgarien und schuf die Grundlagen für eine ewige Freundschaft zwischen dem bulgarischen Volk und den Völkern der Sowjetunion.

In unermüdlicher Arbeit an der Festigung des einheitlichen antiimperialistischen Lagers und der Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte entlarvte G. M. Dimitroff schonungslos den Verrat der nationalistischen Clique Titos an der Sache des Sozialismus und der antiimperialistischen Einheitsfront.

In G. M. Dimitroff haben die Werktätigen der ganzen Welt einen leidenschaftlichen Kämpfer verloren, der sein ganzes heldenhaftes Leben dem selbstlosen Dienst an der Sache der Arbeiterklasse, der Sache des Kommunismus widmete. Der Tod G. M. Dimitroffs ist ein schwerer Verlust für die ganze internationale Arbeiterbewegung und kommunistische Bewegung, für alle Kämpfer für einen dauerhaften Frieden und Volksdemokratie. Durch seinen aufopfernden Kampf in den Reihen der Arbeiterbewegung, durch seine grenzenlose Ergebenheit für die große Lehre Lenins-Stalins hat G. M. Dimitroff die heiße Liebe der Werktätigen in der ganzen Welt erworben.

Das Leben Georgi Michailowitsch Dimitroffs, des treuen Mitkämpfers Lenins und Stalins, des standhaften Revolutionärs und antifaschistischen Tribunen, wird allen Kämpfern für die Sache des Friedens und der Demokratie, für den Kommunismus ein anfeuerndes Beispiel sein.

Aus dem von S t a l i n , M o l o t o w und den anderen Mitgliedern des Polbüros des ZK der KPdSU(B) unterzeichneten Nachruf nach dem Ableben Georgi Dimitroffs ("Prawda" Nr. 184 vom 3.Juli 1949)

Fortsetzung von Seite 8

Sowjetrußland und die Kommunistische Internationale... Und es besteht kein Zweifel, daß dies auch in der Zukunft fortgesetzt wird" (Ausgewählte Schriften, Bd.1, S.450/451). Dimitroff stellte diese Frage in aller Schärfe:

"Sie haben durch Taten noch keine Beweise dafür erbracht, daß sie mit ihrer schändlichen Vergangenheit endgültig gebrochen haben, daß sie gegen sie Abscheu hegen, daß sie sich ganz verändert haben und zu überzeugten Kommunisten und echten Revolutionären herangewachsen sind. Im Gegenteil, wir haben nur ihre zahlreichen Beweise für die häufige Veränderung ihrer Stimmungen, Auffassungen und Absichten.

Sind sie sich voll im klaren über die Reinheit und Fleckenlosigkeit, über die Strenge der Kommunistischen Partei Bulgariens und die Anforderungen ihren Mitgliedern gegenüber ? Wissen sie, was das bedeutet, Soldat in den Reihen der kommunistischen Armee zu sein ?" (Der Zusammenschluß der Arbeiterkräfte, ebenda, S.451, 1920)

Die Bulgarische Kommunistische Partei stellte bei der Vereinigung mit der "Kommunistischen Linken" kein Ultimatum, daß bestimmte Personen nicht aufgenommen würden, doch wie Dimitroff in dem Artikel betonte:

"Das bedeutet durchaus nicht, daß sie in der Partei bleiben können, so wie sie jetzt sind... In ihr können nicht Personen geduldet werden, die keine wahren Kommunisten und Revolutionäre sind. Alle, die in ihre Reihen eintreten, müssen das vor Augen haben und selbst die Konsequenzen aus dieser Tatsache ziehen.
Hier genügen keine bloßen kommunistischen Deklarationen. Sie sind keinen Heller wert. E s s i n d k o m m u n i s t i s c h e T a t e n n o t w e n d i g, u n d z w a r v i e l e T a t e n !" (Ebenda, S.452, Sperrung im Original)

Das ist eine glänzende Verteidigung und Anwendung der Leninschen Methode, die die unbedingte Einheit von Wort und Tat, die Überprüfung der politischen Haltung anhand von Taten, die rückhaltlose Selbstkritik erfordert. Das ist die beim Aufbau einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei erforderliche Unversöhnlichkeit, eingedenk der Lenin-Stalinschen Lehre, daß sich die Partei stärkt, indem sie sich von opportunistischen Elementen säubert.

Das ist völlig unvereinbar mit der Praxis der modernen Revisionisten, die die ehemals kommunistischen Parteien in Wahlclubs nach sozialdemokratischem Muster, in Sammelbecken politischer Karrieristen, politischer Schwindler aller Sorten, entartet haben.

Vor allem aber zeigt das, daß Dimitroff eben ein kommunistischer Politiker von Lenin-Stalinschem Typus war, der sich in Wort und Tat davon leiten ließ, daß die einzig richtige Politik die prinzipienfeste Politik ist.

Gerade für die <u>österreichischen</u> Kommunisten ist die Haltung Dimitroffs in dieser wichtigen Frage von größter Bedeutung, spielt das damit angesprochene Problem eine sehr große historische Rolle. Denn auch in Österreich war es so, daß nach dem offensichtlichen Bankrott der Politik der SP-Führung, nach der durch den Verrat der sozialdemokratischen Führer verschuldeten blutigen Niederlage der Erhebung der Arbeiter vom Februar 1934 ein "linker Flügel" der Sozialdemokratie, einschließlich etlicher in ihrer Rolle und Haltung schwankender, wenn nicht sogar zwielichtiger sozialdemokratischer Funktionäre und Mandatare, zur KPÖ strebte. Die KPÖ hat al-

Fortsetzung auf Seite 12



J.Stalin und G.Dimitroff, 1936

Fortsetzung von Seite 10

le diese Kräfte mit offenen Armen aufgenommen, ihnen nicht nur alle Tore der Partei sperrangelweit geöffnet, sondern ihnen unter dem Schlagwort "kühne Kaderpolitik" praktisch die Mehrheit im Zentralkomitee und im ganzen Parteiapparat überlassen. Zunächst schien das richtig und kein Problem, ging es doch nicht unmittelbar um die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution, sondern "nur" um den Kampf gegen den Faschismus. Die drei Fischer (Ernst, Walter, Otto), die Genner und Elser, die Postranecki und Altmann, die Marek, West, Spira usw. waren ja sicher überzeugte Antifaschisten, sie waren bloß keine Bolschewiken, wurden es nicht nur selber nie, sondern schufen in der KPÖ auch eine Lage, in der auch andere keine Bolschewiken mehr werden konnten.

Als 1945 der antifaschistische Kampf durch den Sieg der Stalinschen Roten Armee seine hauptsächlichen Ziele erreicht hatte und eine neue Phase des Kampfes der KPÖ begann, stand die Partei praktisch mit einer Führung da, welche die Aufgaben dieser neuen Etappe weder konsequent revolutionär anpacken und lösen konnte noch wollte. Was Dimitroff schon 1920 in seinem Artikel "Laßt uns wachsam sein!" unterstrich, scheint fast direkt für die KPÖ nach dem Februar 1934 geschrieben und paßt erst recht auf die Eskapaden der KPÖ der Nachkriegszeit, als sie sich den vormaligen SPÖ-Zentralsekretär Erwin Scharf samt dessen zwielichtigem Gefolge* einverleibte, der nun auf der Kommandobrücke der KPÖ steht:

> "Der katastrophale Zusammenbruch der rechts'sozialistischen' Partei treibt in die Reihen der vor allem aus ehrlichen und festen proletarischen Elementen bestehenden kommunistischen Linken auch solche Parteiführer, die lange Zeit - vielleicht auch für immer - dort geblieben wären und die wilde Kampagne gegen Sowjetrußland, gegen die III.Internationale und den Kommunismus fortgesetzt hätten, wenn die Katastrophe in ihrer Partei nicht eingetreten wäre. Ohne sich innerlich um ein Jota verändert zu haben, beeilten sie sich, sich der neuen Lage anzupassen, und tauchten sogar an der Spitze der kommunistischen Linken selbst auf." (Ausgewählte Schriften, Bd.1, S.460)

Dimitroff betonte die Verpflichtung der Partei,

> "außerordentlich wachsam zu sein und bei der Durchführung des revolutionären Zusammenschlusses der proletarischen Kräfte bei uns auf das strengste die 21 Bedingungen einzuhalten. Sie darf ihre Tore vor keinem ehrlich denkenden und handelnden Kommunisten verschließen, sie darf aber auf keinen Fall zulassen, daß sich Personen in ihre Reihen einschleichen, die diesen Bedingungen nicht genügen. Um so strenger muß sie den aus der rechts'sozialistischen' Partei kommenden opportunistischen und zentristischen Führern gegenüber sein, die sich einbilden, es genügt, wenn man einige unklare und unbestimmte kommunistische Phrasen von der Diktatur des Proletariats herunterleiert, um einen herzlichen Empfang in der kommunistischen Arbeiterbewegung zu finden." (Ebenda, S.462)

Tatsächlich: die ganze Entwicklung der KPÖ hätte anders verlaufen können, wenn sie als unerläßlichen Bestandteil einer marxistisch-leninistischen Linie und Politik in ihrer Kaderpolitik nach dem Februar 1934 jene Kriterien angewandt und zugrundegelegt hätte, die Dimitroff als treuer Schüler Lenins und Stalins herausgearbeitet und propagiert hat.

★

Man könnte noch sehr viele Beispiele anführen, die zeigen, wie ungeheuer viel man von Dimitroff, diesem großartigen Kommunisten lenin-stalinscher Prägung, lernen kann. Selbstkritisch bekennen wir, daß wir das große revolutionäre Erbe Dimitroffs bisher noch zu wenig ausgewertet haben und diesen Mangel beheben müssen. Eine gründliche Analyse des gesamten Werkes von Dimitroff, die richtige Einschätzung seiner ungeheuren Verdienste für die ganze revolutionäre Weltbewegung, die systematische Auswertung seines marxistisch-leninistischen Vermächtnisses, aber auch die kritische Untersuchung von offenen Fragen und Problemen im Lebenswerk Dimitroffs ist eine noch zu erfüllende Verpflichtung, die wir gerade am 100.Geburtstag dieses großen Führers klar vor Augen und im Bewußtsein haben.



Dimitroff bei der Unterzeichnung des Paktes über Freundschaft und gegenseitige Hilfeleistung zwischen der Bulgarischen Volksrepublik und der Sowjetunion
Stehend zwischen Stalin und Molotow: Dimitroffs Kampfgefährte Wassil Kolaroff

Niemals werden wir Dimitroff den Revisionisten und Opportunisten überlassen. Er war, ist und bleibt einer der ganz Großen aus der unsterblichen Garde Lenins und Stalins, ein unversöhnlicher Feind von jeglichem Opportunismus und Revisionismus. Alle Versuche, ihn für die konterrevolutionären Zwecke der Verräter am Werk von Marx, Engels, Lenin und Stalin zurechtzustutzen, umzuinterpretieren und umzufälschen, sind zu schmählichem Scheitern verurteilt.

* Eben dieser Erwin Scharf hielt bei der KPÖ-Veranstaltung am 18.Juni 1982 zum 100.Geburtstag Dimitroffs die "Festrede". Sie sah aus danach. Dimitroff habe laut Scharf durch sein Verhalten beim Reichstagsbrandprozeß das große Verdienst, daß Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlich-demokratische Politiker "zueinander fanden", er sei natürlich ein Vorkämpfer "gegen Dogmatismus und Sektierertum", ein Vorkämpfer für eine "flexible Generallinie", ein Mann gewesen, der die Erkenntnis vorbereitet habe, "daß der Kampf für die Erhaltung des Friedens unbedingten Vorrang" - gegenüber dem revolutionären Kampf offensichtlich ! - haben müsse usw.usf. - wie ein Scharf den Genossen Dimitroff halt gerne gehabt hätte !

Adolf Pelzmann

Wieder hat der Tod einen der Ältesten, Standfestesten und Treuesten aus unseren Reihen gerissen: unser Genosse Adolf Pelzmann ist einer schweren Krankheit erlegen.

"Adi" oder auch "Leo", wie wir ihn meist nannten, war nicht nur eines der ältesten Mitglieder unserer Partei, er war auch einer ihrer Gründer. Schon 1965, vor fast 18 Jahren, trat er mit uns in Kontakt. Die "Rote Fahne", so schrieb er uns damals in einem ersten Brief, entsprach so sehr seinen Überzeugungen, daß er sie nicht nur sofort abonnierte, sondern sogleich seine Mitarbeit anbot, mit einer intensiven Abonnentenwerbung begann und bald eine Sympathisantengruppe gebildet hatte. Nach Gründung der "MLÖ" am 1.Mai 1966 wurde "Adi" in das Politische Büro dieser Organisation gewählt, und als im folgenden Jahr aus der "MLÖ" die Partei, die MLPÖ, hervorging, wurde er Mitglied des Zentralkomitees.

In den innerorganisatorischen Auseinandersetzungen, welche der Parteigründung unmittelbar vorausgingen, legte "Adi" seine entscheidende Bewährungsprobe ab. Die weitgehend von der revisionistischen KPÖ-Führung gegängelte Gruppe um Jocha, Kronek und Rabinowitsch, welche die Parteigründung im letzten Moment in putschistischer Manier zu vereiteln suchte (wobei die KPÖ-Revisionisten Jakob Rosner und Robert Dubovsky die Drähte zogen), hatte keinerlei Anstrengungen und Intrigen gescheut, um Adi Pelzmann, wenn schon nicht für sich zu gewinnen, so doch wenigstens zu verunsichern und zu neutralisieren. Doch sie stießen auf Granit. "Wir brauchen eine richtige Partei ! Ohne sie können wir weder mit den revisionistischen Verrätern fertigwerden, noch irgendeine unserer anderen großen Aufgaben lösen. Daher ist der Kurs auf die raschestmögliche Parteigründung unbedingt richtig!" - das war der entschiedene Standpunkt des Genossen Pelzmann gegenüber allem "Wenn" und "Aber". Einem später bei religiösen Wahnideen gelandeten Wirrkopf namens J.A., der eines Tages bei Adi auftauchte, um diesen vielleicht doch noch für die Parteifeinde zu gewinnen, setzte Adi diesen Standpunkt in aller Ausführlichkeit und Geduld auseinander, doch als sich der Werber Jochas schließlich zu direkten Lügen und Verleumdungen flüchtete, riß Adi die Geduld. Er ergriff einen im Vorraum seiner Wohnung lennenden Reisigbesen und prügelte damit den Verleumder aus dem Haus, wobei er rief: "Der Besen da ist zum Dreck wegkehren und wehe, wenn noch einer von euch Dreckskerlen bei mir landen will, so kriegt er ihn gleich statt der Begrüßung um die Ohren!" Seither hatte Adi von dieser Seite her Ruhe, wir aber lachten oft über den noch viele Jahre lang im Vorraum lehnenden "revolutionären Besen".

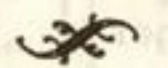
Auch ein anderes kleines Beispiel sagt mehr über Adi aus als lange Beschreibungen: In dem direkt an die Straße stoßenden Garten, den sich Genosse Pelzmann erworben und auf dem er sich ein bescheidenes Häuschen erbaut hatte - schließlich war er sein Lebtag lang Maurer gewesen - stellte er sogleich eine große Schautafel auf, um darauf die "Rote Fahne", die Plakate, Flugblätter und anderen Materialien der MLPÖ affichieren zu können. Immer wieder wurde die Tafel beschmiert, beschädigt, das Affichierte heruntergerissen udgl. Doch Adi ließ sich nicht beirren: "Wenn in der Nacht was heruntergerissen wird, so klebe ich in der Früh halt was Neues auf. So ist die Tafel immer auf dem letzten Stand", sagte er schmunzelnd.

Solange er sich nur irgendwie dahinschleppen konnte, war Genosse Pelzmann immer wieder unterwegs, um die "Rote Fahne" und die anderen Publikationen unserer Partei zu verbreiten, neue Kontakte zu gewinnen, Diskussionen zu führen usw. Als er eines Tages sagte, auch das könne er nun immer weniger und seltener, wußten wir, daß er nicht mehr lange leben würde. Es war tragisch, hilflos zusehen zu müssen, wie die Krankheit seine Kräfte verzehrte und sein Leben zerstörte, obwohl er sich gegen sie mit immenser Willenskraft wehrte. Wenn wir an unsere Demonstration am 1.Mai 1980 über die Wiener Ringstraße denken, so gibt es neben den schönen Erinnerungen auch eine wehmütige, schmerzvolle: die Erinnerung an die nach vorne gebeugte Gestalt eines schon schwer kranken alten Mannes, der mühsam Luft in seine von Kalk und Ziegelstaub blokkierten Lungen zieht, aber die Fahne der Revolution, des Marxismus-Leninismus, des Kampfes für Sozialismus und Kommunismus fest in Händen hält und nicht sinken lassen wird, solange er lebt.

Genosse Adolf Pelzmann war trotz der vielen politischen Enttäuschungen, die er erlebt hatte und trotz seiner hoffnungslosen Krankheit niemals mutlos und verzweifelt. Niemals ließ er sich die Überzeugung und Gewißheit vom schließlichen Sieg unserer Sache nehmen oder beeinträchtigen. Seine schweren Enttäuschungen über die Entwicklung in der Sowjetunion und in China, seine bitteren Erfahrungen in der KPÖ, der er so viele Jahre seines Lebens gewidmet hatte - alles das traf ihn hart, aber es konnte ihn nicht umwerfen, seine kämpferische Einsatzbereitschaft nicht schwächen.

Das konnte auch nicht die letzte schlimme Erfahrung seines Lebens: die Erkenntnis der fortschreitenden opportunistischen und revisionistischen Entartung der Partei der Arbeit Albaniens. Er, der fast täglich Radio Tirana gehört, die Broschüren und Bücher aus Albanien begeistert verbreitet hatte, war geradezu fassungslos, als er Enver Hoxhas Buch "Imperialismus und Revolution" und dann Hoxhas "Betrachtungen über China" mit all den darin enthaltenen Prinzipienlosigkeiten las. Mit dem von ihm früher so hoch verehrten Enver Hoxha, mit der PdAA und mit Radio Tirana war er seither fertig, aber sein Verhältnis zum Marxismus-Leninismus berührte das in keiner Weise, denn ihm war ganz klar, daß man unsere Weltanschauung, unsere Wissenschaft, unsere Ziele und unseren Kampf dafür niemals mit irgendeinem Land, irgendeiner Führungsgruppe oder gar mit irgend einer einzelnen Person identifizieren darf.

Es gibt nur noch ganz wenige jenes besonderen Schlages alter Kommunisten, zu dem Genosse "Adi" gehörte. Umso schwerer trifft uns sein Tod. Umso größer aber auch ist unsere Verpflichtung, aus den Reihen unserer jüngeren Mitglieder und Sympathisanten Kader zu formen, die an proletarischem Klassenbewußtsein und politischer Klarheit, an Standfestigkeit und Hingabe für die revolutionäre Sache mit Adi Pelzmann vergleichbar sind.



1.Mai 1982

Den diesjährigen 1.Mai beging die MLPÖ gemeinsam mit den Sympathisanten von Bolshevik-Partizan in Österreich, den Sympathisanten der Kampforganisation zur Befreiung der Arbeiterklasse PEYKAR (Iran) in Österreich, der Union der Afghanen und Afghanischen Studenten in Österreich (Mitglied der GUAFS), den Sympathisanten der Volksfedayin Guerillas Iran in Österreich sowie der Basisgruppe Innsbruck/ML mit einer REVOLUTIONÄREN 1.MAI-VERANSTALTUNG in Wien.

Mit rund 80 Besuchern blieb die Teilnehmerzahl zwar etwas unter den Erwartungen, doch war die Veranstaltung insgesamt gesehen ein guter Erfolg. Die Referate, Diavorträge und Kulturbeiträge wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt* und mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion ergriffen mehrere Veranstaltungsteilnehmer das Wort. Von GEGEN DIE STRÖMUNG, Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands, erreichte die Veranstaltung eine Grußadresse. Die Spendensammlung zur Unterstützung der Revolutionären 1.Mai-Veranstaltung ergab nahezu 3000,- Schilling. Auf Vorschlag iranischer Freunde verabschiedeten die Teilnehmer der Veranstaltung einstimmig eine Protestresolution gegen den wenige Tage vor dem 1.Mai gegen ein Studentenheim in Mainz (Westdeutschland) verübten faschistischen Überfall von Khomeini-Anhängern, bei dem zahlreiche fortschrittliche Iraner schwer verletzt wurden und eine Studentin an den Folgen eines Schocks starb.

*

REVOLUTIONÄRE 1.MAI-VERANSTALTUNG

- Beitrag über den 1.Mai, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse
- Beiträge über die Lage in Afghanistan, Iran, der Türkei und in Österreich
- Revolutionäre Kulturbeiträge
- Diskussion

ORT: Jugendzentrum Wien 3, Leonhardgasse 2 (Fiakerplatz) Straßenbahnlinie J
ZEIT: 1.Mai, 16 Uhr

Gemeinsame Veranstaltung von:

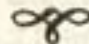
* Union der Afghanen und Afghanische Studenten in Österreich (Mitglied der GUAFS)
* Sympathisanten der Volksfedayin Guerillas Iran in Österreich
* Sympathisanten der Kampforganisation zur Befreiung der Arbeiterklasse Peykar (Iran) in Österreich
* Sympathisanten von Bolsevik Partizan, Marxistisch-Leninistische Zeitschrift aus der Türkei, in Österreich
* Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
* Basisgruppe Innsbruck/Marxisten-Leninisten



(Die S.4 des gemeinsamen "Aufrufs zum 1.Mai 1982")**

Nachfolgend geben wir zunächst die wichtigsten Passagen des GEMEINSAMEN BEGRÜSSUNGSBEITRAGS der einladenden Organisationen wider.

Als zweites drucken wir in ganzer Länge den MLPÖ-Redebeitrag ab, dessen erster Teil auf der Revolutionären 1.Mai-Veranstaltung aus Zeitgründen nicht gehalten werden konnte, da sich jede der beteiligten Organisationen verpflichtet hatte, die ihr zur Verfügung stehende Zeit, die zuvor nach dem Prinzip der Gleichberechtigung einheitlich festgelegt worden war, nicht zu überschreiten.



* Die gesamte Veranstaltung, einschließlich der Diskussion, wurde zweisprachig, d.h. deutsch und türkisch durchgeführt. Auf eine Übersetzung auf iranisch wurde verzichtet, da sowohl die afghanischen als auch die iranischen Freunde und Genossen erklärten, genügend deutsch verstehen bzw. sprechen zu können.

** Diesen gemeinsamen Aufruf haben wir als Anhang am Ende dieser RF auf S.51 abgedruckt.

AUS DER ERÖFFNUNG DER REVOLUTIONÄREN 1.MAI-VERANSTALTUNG IM NAMEN DER EINLADENDEN ORGANISATIONEN:

BEGEHEN WIR DEN 1.MAI ALS GROSSEN TAG DES PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS, DER SOLIDARITÄT DER ARBEITER UND VÖLKER ALLER LÄNDER !

Nach der Eröffnung der Veranstaltung im Namen der einladenden Organisationen erhoben sich die Veranstaltungsteilnehmer zu einer Gedenkminute für die im Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und jegliche Reaktion Gefallenen.

Freunde und Genossen,

Als vor 93 Jahren vom Internationalen Sozialistenkongreß in Paris beschlossen worden ist, jedes Jahr den 1.Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse für ihre Interessen, Forderungen und Ziele mit Generalstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen zu feiern, war nicht nur ein zeitliches Nebeneinander solcher Kampfaktionen für jedes Land und jede Nation gemeint, sondern ein Miteinander, ein gemeinsamer Kampf, gemeinsame Kundgebungen der internationalistischen Solidarität aller Arbeiter und arbeitenden Menschen unabhängig davon, aus welchen Ländern sie kommen, welche Sprachen sie sprechen, welchen Nationen sie angehören und welche Staatsbürgerschaften sie haben. Der 1.Mai war stets und wird stets bleiben der große Tag des proletarischen Internationalismus, Tag der Solidarität der Arbeiter über alle staatlichen und nationalen Grenzen hinweg, Tag des Kampfes gegen alle nationalistische Absonderung und Aufspaltung, gegen jedweden nationalistischen Dünkel und Chauvinismus.

So bescheiden auch der Rahmen unserer heutigen Zusammenkunft ist, so ist es doch genau dieser Geist, in dem wir unsere heutige internationalistische 1.Mai-Veranstaltung gestalten wollen ! In diesem Sinne haben wir, Antiimperialisten und Revolutionäre aus Afghanistan, Iran, der Türkei und Österreich, uns zu diesem 1.Mai auf der Grundlage jener Plattform zusammengeschlossen, die Ihr als Aufruf zu dieser Veranstaltung sicher gelesen habt, und die wir hier deshalb nicht nocheinmal vortragen wollen.

MARX ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT DES GEMEINSAMEN HANDELNS DER ARBEITER DER VERSCHIEDENEN LÄNDER:

"Es ist eine der großen Aufgaben der Assoziation, zu erreichen, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder sich nicht nur als Brüder und Kameraden der Emanzipationsarmee f ü h l e n, sondern auch als solche h a n d e l n."

(Instruktionen für die Delegierten des Zentralrats der 1. Internationale, 1867, MEW 16, S.191, Sperrungen im Original)

Wir möchten unserer Veranstaltung die Worte aus jener Rede von Karl Marx als Motto voranstellen, die dieser 1872 auf dem Meeting in Amsterdam nach Abschluß der Arbeiten des Haager Kongresses der 1.Internationale hielt:

"Denken wir an jenes Grundprinzip der Internationale: die Solidarität ! Nur wenn wir dieses lebenszeugende Prinzip auf sichre Grundlagen unter sämtlichen Arbeitern aller Länder stellen, werden wir das große Endziel erreichen, das wir uns gesteckt haben. Die Revolution muß solidarisch sein".

(An dieser Stelle folgte die Vorstellung des Programms der Veranstaltung.)

Abschließend noch eine Bemerkung: Wie bereits gesagt haben sich die veranstaltenden Organisationen auf der Grundlage des "Aufrufs zum 1.Mai 1982" zusammengeschlossen. Wir haben uns in diesem Aufruf über diese Punkte geeinigt, in denen wir wirklich einer Meinung sind. In einer Frage, in der es eine wirkliche Differenz gegeben hat, haben wir das offen festgestellt: Die Sympathisanten der Volksfedayin Guerillas Iran in Österreich verurteilen die volksfeindliche Politik der heutigen Sowjetunion und betrachten diesen reaktionären Staat nicht mehr als sozialistisch. Im Unterschied zu den anderen Organisationen bezeichnen sie die heutige Sowjetunion Breshnews jedoch nicht als sozialimperialistisch.

Wir meinen, daß gewisse Differenzen zwischen den Antiimperialisten und Revolutionären kein Hindernis für gemeinsame Aktivitäten zu sein brauchen, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, diese Widersprüche mit der Methode der solidarischen Debatte auszutragen und die Meinungsunterschiede nicht ein Maß überschreiten, das gemeinsames Handeln unmöglich macht. In diesem Sinne erhoffen wir uns von der heutigen Veranstaltung auch eine lebendige Diskussion über die brennenden Fragen des gemeinsamen Kampfes. ★

DER 1.MAI 1982 UND DIE PERSPEKTIVEN DES KAMPFES DER MARXISTEN-LENINISTEN

REDE DES GENOSSEN FRANZ STROBL, SEKRETÄR DES ZENTRALKOMITEES DER MLPÖ, AUF DER REVOLUTIONÄREN 1.MAI-VERANSTALTUNG 1982 IN WIEN

Liebe Anwesende, liebe Freunde, Genossen !

Im Namen des Zentralkomitees der MLPÖ und der Redaktion der "Roten Fahne" begrüße ich zunächst alle, die zu unserer heutigen internationalistischen Mai-Veranstaltung gekommen sind, auf das Herzlichste !

Wir begehen den 1.Mai, den internationalen Kampftag des Weltproletariats, heuer in einer sehr schwierigen und ernsten Situation. Wie in der ganzen imperialistischen Welt ist auch in Österreich die Phase einer zeitweiligen kapitalistischen Konjunktur, in der sich die unmenschlichen, barbarischen Züge der kapitalistischen Ausbeuterordnung leichter verdecken und verstecken ließen, zu Ende gekommen und tritt die bittere Wahrheit hinter der Fassade des angeblichen "Wohlfahrtsstaates" und der "Insel der Seligen" immer deutlicher hervor: es bestätigt sich die alte marxistische Erkenntnis, daß die kapitalistische Ausbeuterordnung außerstande ist, eine störungsfreie wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten, daß sie zwangsläufig immer wieder zu Krisen führt, deren ganze Last auf die Schultern der arbeitenden Massen abgewälzt wird, daß sie außerstande ist, die vielzitierte "Vollbeschäftigung" zu verwirklichen, sondern immer wieder zu Massenarbeitslosigkeit führt, daß ihr nicht die Tendenz zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen innewohnt, sondern die Tendenz zur Verschärfung der Ausbeutung der Massen, die Tendenz zur relativen und absoluten Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen -

mit einem Wort, daß sie den von ihr Ausgebeuteten und Geknechteten nicht einmal ein halbwegs erträgliches Auskommen innerhalb der Ausbeutungsverhältnisse zu sichern vermag, weshalb es für diese auf die Dauer keine andere Wahl gibt, als diese Ausbeuterordnung zu stürzen und zu zerschlagen.

Während alle diese Wahrheiten jetzt immer deutlicher zum Vorschein kommen, liegt die Tragik unserer gegenwärtigen Situation in Österreich darin, daß sie den arbeitenden Menschen nur äußerst langsam zum Bewußtsein kommt und daß dort, wo das schon geschieht noch alle Hoffnungen darauf gesetzt werden, aus dieser Situation einen individuellen Ausweg zu finden, indem man sich besonders brav, geduldig und fügsam zeigt, statt zu erkennen, daß es nur einen kollektiven Ausweg gibt, indem man sich zum Kampf für den Sturz dieser Gesellschaftsordnung organisiert und rüstet.

Daß der Widerspruch zwischen den objektiven Notwendigkeiten und dem subjektiven Bewußtsein der arbeitenden Massen so groß ist und so zählebig, ist eine der Folgen der weitgehenden Zersetzung und Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung durch Sozialdemokratismus und modernen Revisionismus und des langen Fehlens einer zielklaren revolutionären Partei, die tief in den Massen verankert ist, es versteht, die Massen mit dem Bewußtsein ihrer Lage und Aufgaben zu erfüllen, sie kampffähig zu machen und erfolgreich in den Kampf zu führen.

So kann es und so wird es nicht bleiben - das wissen wir. Doch es genügt nicht, auf die unvermeidlich eintretende Änderung der Situation zu warten, sondern wir müssen alles tun, um sie so rasch und so gründlich wie möglich herbeizuführen.

Nicht nur wir, auch die herrschende Klasse und ihre Organe wissen, daß es nicht so bleiben wird; in mancher Beziehung wissen sie es heute sogar besser als die arbeitenden Menschen und sie bereiten sich auf allen Gebieten darauf vor. Obwohl die Streikstatistik des vorigen Jahres einen Tiefstand gezeigt hat, der einem klassenbewußten Arbeiter die Schamröte ins Gesicht treibt, wird der staatliche Unterdrückungsapparat systematisch ausgebaut und perfektioniert - wozu? Obwohl fortschrittliche und revolutionäre österreichische Organisationen, sofern sie heute überhaupt existieren, äusserst schwach sind, teils stagnieren, teils sogar noch von ihrem ohnedies so geringen Einfluß verlieren und wenn schon, so nur millimeterweise an Boden zu gewinnen vermögen, verschärft sich der Druck des reaktionären Staatsapparates gegen sie, nimmt ihre systematische Bespitzelung weiter zu, verschlimmert sich der behördliche Kleinkrieg gegen sie und ihre bekannten Vertreter - warum eigentlich, wo sie doch so schwach sind?

Einem ganz besonderen Druck unterliegen heute in Österreich die fortschrittlichen und revolutionären Organisationen der Arbeiter, Werktätigen und Studenten aus anderen Ländern und Nationen, die in Österreich arbeiten, während gleichzeitig eine gehässige chauvinistische Hetzkampagne gegen die ausländischen Arbeiter überhaupt begonnen hat und systematisch geschürt wird. Nicht nur die offenen Faschisten schreien heute über die Begehrlichkeit und Gefährlichkeit jener, die man so demagogisch als "Gastarbeiter" tituliert hat, nicht nur sie verlangen, ihnen alle Rechte zu nehmen, ihre Diskriminierung weiter zu verschärfen, nicht nur sie stellen sie immer dreister als Elemente hin, die den einheimischen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen und daher am besten abschubiert und abgeschafft werden sollten, sondern

diese Tendenz zieht sich durch die ganze Politik des offiziellen, ach so "demokratischen" und "sozialen" Österreich mit einer sogenannten "sozialistischen" Regierung an der Spitze ! Der Zweck ist ganz klar: Man will österreichische und ausländische Arbeiter gegeneinander aufhetzen, gegeneinander ausspielen, um beide umso leichter niederhalten und ausplündern zu können ! Man will die Klassenfronten vertuschen, indem man nationale Fronten aufbaut. Man will das aufkeimende proletarische Klassenbewußtsein und das Bewußtsein der Notwendigkeit des proletarischen Internationalismus im Chauvinismus ertränken. Gelänge das, so wäre der Bestand der kapitalistischen Ausbeuterordnung zwar wieder auf lange Sicht garantiert, doch es wäre eine Katastrophe sowohl für die inländischen wie auch für die ausländischen Arbeiter in unserem Land. Daher ist der entschlossene Kampf gegen alle diese Versuche eine der zentralsten, wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, müssen wir alles tun, um eine feste und geschlossene gemeinsame internationalistische Kampffront der in- und ausländischen Arbeiter zu schmieden, darf der nationalistischen Verhetzung, dem Chauvinismus kein Fußbreit Boden gelassen werden.

Und hier sind wir bei einem, nein, bei d e m Grundgedanken des 1.Mai, seitdem er überhaupt als gemeinsamer Kampftag der Arbeiter aller Länder begangen wird:

> "Die Herrschaft des Kapitals ist international. Das ist der Grund, weshalb auch der Kampf der Arbeiter aller Länder für ihre Befreiung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Arbeiter gemeinsam gegen das internationale Kapital vorgehen." (Lenin, Entwurf und Erläuterung des Programms der Sozialdemokratischen Partei, LW 2, S.101/102, 1895/1896)

Diese Sätze schrieb vor fast 90 Jahren der junge Lenin. Er schrieb sie im zaristischen Gefängnis mit Geheimtinte zwischen die Zeilen einer zaristischen Zeitung, als er den Entwurf für das Programm der zu gründenden Partei verfaßte. Im Grunde war das nichts anderes als die Ausformulierung des fundamentalen Prinzips, das buchstäblich die erste Lebensäußerung, der erste Kampfruf der modernen Arbeiterbewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt ist, des berühmten Kampfrufes von Marx und Engels: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch !"

Es gibt heute in Österreich zweifellos eine sehr große Zahl von Veranstaltungen anläßlich des 1.Mai. Unsere Veranstaltung hier gehört - was ihre Besucherzahl betrifft - sicherlich zu den bescheidensten dieser Veranstaltungen. Und doch ist es eine ganz besondere Veranstaltung, einzig in ihrer Art, weil sie diesem Grundgedanken der modernen Arbeiterbewegung, dem Grundgedanken des 1.Mai, gerecht wird, eine Veranstaltung des echten, kämpferischen proletarischen Internationalismus ist. Das ist ein Grund, Genossen, auf unsere heutige Veranstaltung, auch wenn sie eine bescheidene Veranstaltung ist, stolz zu sein und allen, die an ihr teilnehmen, zu sagen: Ihr entsprecht wirklich dem revolutionären Geist des 1.Mai und habt mehr für ihn getan, als sämtliche Massenveranstaltungen und Massenumzüge zusammengenommen, denen dieser Geist fehlte.

*

Am 1.Mai ist es in der Regel üblich, Heerschau über die grossen Kämpfe und Kampferfolge unserer internationalen Bewegung zu halten, an ihre Höhepunkte und Glanzzeiten zu erinnern und daraus Kraft für die kommenden Kämpfe zu schöpfen. Zweifellos ist sowas eine gute Sache. Dennoch aber möchte ich heute von

dieser Tradition abgehen, gewissermaßen das Gegenteil machen und von den schlechten Zeiten reden, die unsere Bewegung ebenso oft, wenn nicht sogar öfter erlebt hat als gute. Daß es so ist, kommt nicht daher, daß unser Anliegen etwa utopisch und unreal wäre, sondern es kommt daher, daß die Verwirklichung einer neuen Gesellschaftsordnung, noch dazu einer grundlegend neuen, die keinerlei Formen der Ausbeutung mehr kennt, eine ungeheuer schwierige und langwierige Sache ist, viele Anläufe erfordert, neben Triumphen auch immer wieder Niederlagen und Rückschläge mit sich bringt, Verirrungen, Abweichungen und Fehler, aus denen man jedoch lernen kann und lernen muß, es besser zu machen.

Wir leben heute in einer Zeit schwerster Rückschläge in fast der gesamten revolutionären Weltbewegung, schwerer Niederlagen in Ländern, in denen die Revolution schon zeitweilig gesiegt hatte, in einer Zeit der empfindlichen Schwächung, Desorientierung und Desorganisierung der revolutionären Bewegung in großen Teilen der Welt - und da mag es lehrreich sein, an andere Talsohlen in der Geschichte unserer Bewegung zu erinnern, zu fragen, wie sich die wirklichen Revolutionäre damals verhielten und aus diesem ihrem Verhalten damals Lehren für heute zu ziehen.

Beginnen wir mit der Zeit nach der Niederlage der Revolutionen des Jahres 1848. Marx und Engels hatten in sie große Hoffnungen gesetzt, in ihnen könnte sich die Arbeiterbewegung schwungvoll entwickeln, sodaß diese späten bürgerlichen Revolutionen möglicherweise bereits das unmittelbare Vorspiel proletarischer Revolutionen sein könnten. Mit dem Triumph der Konterrevolution nach 1848 und der weitgehenden Zerschlagung selbst der Ansätze der Arbeiterbewegung für viele Jahre zerschlugen sich auch diese Hoffnungen. Marx und Engels wußten, daß das nicht nur für kurze Zeit, sondern auf Jahrzehnte hinaus war, daß sie selbst die Zeit der von ihnen vorausgesehenen und vorbereiteten proletarischen Revolutionen wahrscheinlich garnicht mehr erleben würden. Selbst unter den fortgeschrittensten Arbeitern waren damals zweierlei falsche Reaktionen weit verbreitet: einerseits die verzweifelte Hinwendung zu anarchistischen, die Rolle der Massen überhaupt negierenden Vorstellungen und Aktionen, andererseits der Verlust der revolutionären Perspektiven überhaupt, der Unglauben an die Möglichkeit der proletarischen Revolution, das Aufgeben des Kampfes. Bekanntlich haben Marx und Engels gegen beide dieser falschen Reaktionen einen zähen, nimmermüden Kampf geführt. Aus der Einsicht, daß die Entwicklung weit komplizierter, schwieriger und langwieriger ist als gedacht, zogen sie nicht den Schluß, sich halt schlafenzulegen und bessere Zeiten abzuwarten, sondern sie warfen sich mit aller Energie, als ob es keinen einzigen Tag zu verlieren gälte, auf die Entwicklung und Vervollständigung der revolutionären Theorie sowie auf ihre Verbreitung in den Köpfen der fortgeschrittensten Elemente ihrer Zeit, damit eine neue Periode der Revolution, die unvermeidlich kommen mußte, besser genützt werden könnte als die vergangene.

Rascher als erwartet kam es zum ersten Versuch der Machtergreifung des Proletariats, zur berühmten Pariser Commune von 1871. Sie endete mit einer blutigen Niederlage, mit der physischen Ausrottung eines Großteils der Revolutionäre, mit einer internationalen Offensive der Konterrevolution. "Die Ideen des Sozialismus und Kommunismus haben ein für allemal Schiffbruch erlitten, nie mehr werden sie sich von diesem Schlag erholen!" So triumphierte die Reaktion damals

nicht nur in Frankreich, auch in Österreich, in Deutschland und in vielen anderen Ländern. Viele Menschen verzweifelten tatsächlich, kapitulierten und gaben auf - aber nicht alle. Einer von denen, die auch in dieser schweren Zeit die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit und vom schließlichen Sieg der Revolution des Proletariats nicht verloren, war ein Delegierter des Rates der Kommune, der sein Leben nur dem Zufall verdankte, daß die Gendarmen der Konterrevolution an seiner Stelle jemand mit gleichem Namen verhaftet und an Ort und Stelle erschossen hatten, worauf der Name aus den Fahndungslisten gestrichen worden war. In seinem Versteck setzte sich dieser Mann, während noch die Hinrichtungskommandos der Konterrevolution wüteten, hin und schrieb ein Lied, das inzwischen geradezu zur Hymne des proletarischen Internationalismus geworden ist. Dieser Delegierte des Rates der Commune hieß Eugène Pottier und das Lied, das er in diesen Tagen schrieb, beginnt mit den Worten: "Wacht auf, Verdammte dieser Erde!"



Eugène Pottier

Dieses Lied, das er damals aus einer kleinen Wohnung in einer Pariser Seitengasse hinausschmuggelte, kennen heute und singen heute Millionen Menschen in aller Welt und es ist sicher, daß der Tag kommen wird, an dem Hunderte Millionen danach handeln und siegreich bleiben werden.

Machen wir einen weiteren Sprung in der Geschichte, wenden wir uns der Zeit nach der Niederschlagung der russischen Revolution von 1905 zu: "Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen!", jammerten damals die Opportunisten und Kapitulanten aller Sorten, beklagten heuchlerisch das "vergeblich vergossene Blut" und rieten den Revolutionären, ihre Hoffnungen und Pläne für alle absehbare Zeit, wenn nicht für immer aufzugeben.

Schon nach den ersten revolutionären Erhebungen hatte es schwere Rückschläge gegeben. Der 1.Mai 1905, der mit einem mächtigen Massenstreik begangen werden sollte, endete mit einem Mißerfolg. Auch manche aufrechte Revolutionäre wurden schwankend und jene, die schon vorher geschwankt hatten, verfielen jetzt in Pessimismus und Flennerei.

Was nützen uns alle noch so schönen Theorien, jammerten sie, wenn uns die Massen nicht folgen? Daher müssen wir zunächst einmal die Massen gewinnen, erst und vor allem einmal Tagespolitik machen und erst dann, wenn wir solcherart die Massen gewonnen haben, können wir an die ferneren Ziele denken, über das Maximalprogramm reden, mit hoher Theorie usw. beschäftigen.

Lenin wandte sich damals schärfstens gegen eine solche Flucht in den Praktizismus und gegen das Gejammer über die eigene Schwäche, das schließlich in den praktizistischen Ruf mündet, erst und zunächst müsse man "Massenarbeit" machen und dann erst komme alles andere. Natürlich, schrieb er im Juni 1905 über den Mißerfolg vom vorangegangenen 1.Mai, muß ein Marxist der Erweiterung und Vertiefung unseres Einflusses auf die Massen, dem

Verbundensein mit dem ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse, der tagtäglichen Arbeit unter den Massen usw. stets hohe Aufmerksamkeit schenken, kann er auf die geduldige Gewinnung und Überzeugung der Massen nicht verzichten, aber er darf das der anderen Arbeit nicht gegenüberstellen, darf daraus kein besonderes, allem anderen übergeordnetes Prinzip machen, denn das würde bedeuten, die großen Aufgaben der fortgeschrittenen und einzig konsequent revolutionären Klasse zu degradieren, hinter der spontanen Bewegung herzutrotten, aufzuhören, revolutionär zu sein. Und Lenin bringt zwei Beispiele: Natürlich muß man in der Schule das ABC lehren, darf man darauf nicht verzichten, aber das steht doch nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit der Aneignung alles höheren Wissens. Natürlich ist die Ausbildung der Rekruten, das Schießenlernen unverzichtbar, wenn man einen Krieg gewinnen will, aber genügt das auch für jene, welche die Manöver und Schlachten lenken und leiten müssen? (Siehe LW 8, S.450-453)

Acht Jahre später, die erfüllt waren von einer intensiven politischen Arbeit der Bolschewiki mit höchstem Anspruch an Wissenschaftlichkeit und Prinzipienfestigkeit, bewies sich die Richtigkeit dieser Haltung Lenins. Kurz vor dem Mai 1913 hatte es noch geheißen: "Was wollen sie schon erreichen, diese 200 bis 300 Leute, die da Streikaufrufe für den 1.Mai herstellen und verteilen, was ist das schon in Petersburg mit seinen 2 Millionen Einwohnern?" Am 1.Mai 1913 selbst aber verging den Herrschaften das Spotten, denn dem Aufruf von "zwei- oder dreihundert Leuten" folgten 250.000 Petersburger Arbeiter wie ein Mann! Natürlich kam das nicht einfach von der Güte dieser Flugblätter, war es schon garnicht Folge einer praktizistischen Beschränkung auf Tagesfragen und Kleinarbeit, sondern Ergebnis einer gewaltigen Arbeit zur Hebung des revolutionären Klassenbewußtseins der Arbeiter, die bereits auf die Bolschewiki hörten, weil klar geworden war, daß diese weiter sahen als alle anderen und ihre Orientierungen die richtigen waren. (Siehe LW 19, S.215f)

Man könnte noch viele ähnlicher Beispiele bringen und es ist überhaupt äußerst interessant und nützlich, einen Revolutionär vom Format Lenins gerade an seiner Haltung in schlechten Zeiten der revolutionären Bewegung zu studieren.

Im April 1915 machte sich Lenin Notizen zu einem Artikel über den 1.Mai dieses traurigen Jahres. Die II.Internationale war zerfallen, die sozialdemokratischen Parteien bis auf wenige Ausnahmen gänzlich verfault, der imperialistische Krieg, der seit Monaten tobte, schien das ganze revolutionäre Erbe der kämpferischen Arbeiterklasse für allezeit verschüttet zu haben, wilde Wellen des Nationalismus und Chauvinismus gingen über die einzelnen Länder, der proletarische Internationalismus schien tot. "Vielleicht kann man 1915 nichts machen, um eine 'Heerschau der Kräfte' abzuhalten", schrieb Lenin damals, "denn es hat den Anschein - a l l e s ist zerfallen." (LW 36, S.303). Doch Lenin ließ es dabei nicht bewenden und fügte hinzu, daß es zwar eine außerordentlich tiefe Krise gibt, daß aber j e d e Krise auch ihre Kehrseite, gewisse progressive, vorteilhafte Züge hat, die man erkennen muß. In dieser Situation unterstrich Lenin, daß Krise, äußerst tiefe Krise, auch bedeutet, daß Verfaultes zusammenbricht, daß sich zeigt, w a s alles faul ist, daß man also aus einer solchen Krise lernen kann, das Schädliche und Verfaulte in der Arbeiterbewegung zu erkennen, zu bekämpfen und zu beseitigen, und so die Hindernisse zu überwinden, die auf dem Weg der revolutionären Bewegung und ihren Schlachten liegen. Sicher werden viele durch die Krise gebrochen, sagt Lenin, doch andere werden aus ihr gestählt hervorgehen, das ist das Positive an der Krise und darauf muß man sich orientieren. (Siehe LW 36, S.308/309)

Etwa ein Jahr später kommt Lenin auch in einem Brief an Ines Armand auf die Frage zu sprechen, wie man auf die so triste Situation reagieren soll: "Sie bedauern, sind traurig, seufzen - und das ist alles?" kritisiert er sie scharf (LW 35, S.240). Lenin ist auch ganz und garnicht mit ihrer Vermutung einverstanden, vielleicht wäre es besser gewesen, eine ganz andere Politik zu betreiben, wo die von den Bolschewiki angewandte doch nicht verhindern konnte, daß eine so "düstere" politische Lage entstand. Ines Armand schwankte, ob man möglicherweise viel versöhnlicher hätte sein sollen, um Blocks mit Kräften bilden zu können, mit denen man sich vielleicht hätte doch irgendwie verständigen können usw. Lenin aber besteht auf Prinzipienfestigkeit unter allen Umständen:

> "Eine andere Politik als die, die betrieben wurde, durfte man nicht betreiben; man durfte sich nicht von den richtigen Anschauungen lossagen... Nicht deshalb ist das Bild 'düster', und nicht deshalb sind die 'Linken' schwach, und nicht deshalb erscheint der 'Vorbote' nicht - sondern aus dem Grunde, weil die revolutionäre Bewegung äußerst langsam und mühsam wächst. Das muß man ertragen; faule Blocks...würden uns lediglich bei der Lösung der schweren Aufgabe behindern, in der schweren Zeit standzuhalten." (LW 35, S.240)

Man könnte noch sehr viele Beispiele für diese Leninsche, wahrhaft revolutionäre Haltung in Zeiten von Rückschlägen und Niederlagen bringen, doch ich möchte mit einem letzten, wie mir scheint, gerade in der heutigen Situation höchst aktuellen Beispiel schließen.

Einige Tage vor dem 1.Mai 1913 kam es in Belgien zu einem grandiosen Generalstreik, der internationales Aufsehen erregte. Sah man sich aber die konkreten Ergebnisse dieses gewaltigen, über 10 Tage aufrechterhaltenen heldenhaften Kampfes an, so blieb fast nichts und dementsprechend gab es auch wieder die Frage, ob sich diese große Kraftanstrengung überhaupt gelohnt hatte. Lenin sagte dazu zweierlei: erstens zeigte er, daß dieser Kampf sehr wohl einen Sinn hatte, eine große Schule war, und zweitens analysierte er genau die Gründe, weshalb der Erfolg so gering war. Dabei kam er zu zwei Hauptgründen:

> "Der erste Grund ist die Vorherrschaft des Opportunismus und Reformismus bei einem Teil der belgischen Sozialisten... Der zweite Grund für den teilweisen Mißerfolg ist die Schwäche der Arbeiterorganisationen und die Schwäche der Partei..." (LW 36, S.209)

Die Lehren daraus sind klar: schonungsloser Kampf dem Opportunismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung und Konzentration aller Kräfte auf den Aufbau einer starken, prinzipienfesten, dem Sozialismus unbedingt treuen revolutionären Partei. Mir scheint, daß man auch die Aufgaben, vor denen wir heute in Österreich - und wohl nicht nur in Österreich - stehen, nicht kürzer und treffender zusammenfassen könnte. In diesem Sinne also, Genossen und Genossinnen, und mit dieser Blickrichtung:

ES LEBE DER 1.MAI, GEMEINSAMER INTERNATIONALER KAMPFTAG !
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !
ES LEBE DER SCHLIESSLICHE SIEG UNSERER GROSSEN SACHE IN ALLEN LÄNDERN DER ERDE !

VOM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF

ZUR "FRIEDENSDEMONSTRATION" AM 15.5.1982 IN WIEN

Am 15.Mai 1982 kam es in Wien zu der bisher größten Demonstration der gegenwärtigen Antikriegsbewegung in Österreich. Die MLPÖ beteiligte sich ganz bewußt n i c h t an diesem "Österreichischen Friedensmarsch", weil diese Demonstration eindeutig vom Gift des Pazifismus, des Atomfetischismus, des Sozialchauvinismus, des europäischen und nationalen Chauvinismus geprägt war. Das war Ausdruck und Folge davon, daß dort von Anfang an unübersehbar reaktionäre Kräfte die Führung in der Hand hatten, eingefleischte Verteidiger und Propagandisten der imperialistischen Ausbeuterordnung in Österreich und anderswo. Bei einer solchen Demonstration mitzumarschieren, und sei es auch mit diesem oder jenem eigenen Transparent, wäre mit unseren Aufgaben als Marxisten-Leninisten völlig unvereinbar gewesen, hätte bedeutet, auf die Position opportunistischer Nachtrabpolitiker im Kielwasser der Regierungs-"Sozialisten", der Revisionisten und anderer reaktionärer Kräfte abzugleiten.

Der Standpunkt der MLPÖ ist, diese und vergleichbare Demonstrationen für marxistisch-leninistische Propaganda auszunutzen. (Vgl. dazu ausführlicher RF 205, S.5). Deshalb verteilte die MLPÖ zusammen mit Sympathisanten von Bolsevik-Partizan in Österreich auf deutsch und türkisch das gemeinsame Flugblatt "Geht den Friedensheuchlern nicht auf den Leim!". Außerdem wurde die RF 205 verkauft, in der ausführlich der marxistisch-leninistische Standpunkt zu Krieg und Frieden dargelegt wird.

Abgesehen von einzelnen provokatorischen Ausfällen revisionistisch oder anderswie reaktionär verhetzter Elemente, wurde unser Flugblatt, von dem mehrere tausend Exemplare verteilt wurden, durchaus interessiert aufgenommen. Dazu trug auch dessen ungewöhnliches Format bei: Das einmal gefaltete vierseitige Flugblatt hat ein Viertel der Größe des normalen Schreibpapierformats, was beträchtlich half, Kosten zu sparen, seine Schrift ist allerdings nur auf die Hälfte verkleinert worden, so daß die Lesbarkeit gewährleistet blieb.

Klar ist, daß das Flugblatt "Geht den Friedensheuchlern nicht auf den Leim!"*, das den in der aktuellen Antikriegsbewegung herrschenden Chauvinismus und Pazifismus scharf attakkiert, inhaltlich nicht einfach auf breite Zustimmung stoßen k o n n t e. Etwas anderes zu erwarten, hieße die Gesetzmäßigkeiten des Kampfes der proletarischen Ideologie gegen die bürgerliche Ideologie nicht zu begreifen.

Wie wir in der RF 205 festgestellt haben, geht es uns selbstverständlich auch darum, "unter der ehrlichen Masse der Gegner eines imperialistischen Krieges die bürgerlichen, revisionistischen Illusionen zu zerschlagen". Doch "in erster Linie" kommt es uns heute beim "Hineinwirken" in die Antikriegsbewegung darauf an, "die fortgeschrittensten und bewußtesten Kräfte dieser Bewegung für den Kampf gegen den Imperialismus, für die proletarische Revolution, für den Kommunismus zu gewinnen." (RF 205, S.5). Auf diese vorrangige Aufgabenstellung war auch unser Flugblatt ausgerichtet. Das Flugblatt wandte sich besonders an jene, die sich in diesem oder jenem Ausmaß bereits in Widerspruch zur Linie und Politik der Sozialdemokratie, der Revisionisten, Trotzkisten usw. befinden, die sich bereits ernsthaft fragen, wie man wirklich mit aller Konsequenz für die Zerschlagung der Macht des Imperialismus kämpfen muß, die also nach einer revolutionären Alternative suchen.

Es hat uns gefreut, daß nach der Verteilung unseres Flugblatts bei uns einige Stellungnahmen bzw. Kritiken zu seinem Inhalt eingegangen sind. Es freut uns die Tatsache einer derartigen Auseinandersetzung mit unseren Materialien, was natürlich nicht heißt, daß wir jeder Kritik zustimmen können.

Nicht zustimmen können wir beispielsweise vereinzelten Kritiken in der Richtung, unser Flugblatt sei zu wenig agitatorisch, zu sehr propagandistisch gewesen, einige seiner Feststellungen

* Siehe Faksimile auf Seite 25

GEHT DEN FRIEDENSHEUCHLERN NICHT AUF DEN LEIM !

Arbeiter, Werktätige, fortschrittliche Menschen verschiedener Nationalitäten in Österreich !

Wir, die Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) und die Sympathisanten von BOLŞEVIK PARTIZAN (Marxistisch-Leninistische Zeitschrift aus der Türkei) in Österreich, wenden uns an Euch, indem wir offen und entschieden erklären:

> Das, was die maßgeblichen Organisatoren des "Österreichischen Friedensmarsches" am 15.Mai 1982 in Wien als "Kampf gegen den Krieg" präsentieren, hat mit dem wirklichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg nichts zu tun !

Wir fragen Euch:

+ Wie kann von einem Kampf gegen den imperialistischen Krieg auch nur die Rede sein, wenn im Aufruf "Atomkrieg verhindern, abrüsten!" die wirkliche Quelle der Kriege, das imperialistische Gesellschaftssystem, systematisch vertuscht wird, wenn versucht wird, Glauben zu machen, der Krieg käme 'von alleine' durch das "Versagen der hochtechnisierten Waffen- und Entscheidungssysteme" ?!

+ Was ist das für ein "Kampf", wenn durch Geschwafel von "allseitiger Abrüstung" die reaktionäre Illusion verbreitet wird, als ob es jemals einen "friedlichen Imperialismus" geben könne, als ob die imperialistischen und sozialimperialistischen Wölfe schließlich vereint mit den friedliebenden Lämmern eine "Welt ohne Waffen" aufbauen könnten ?!

+ Wem nützt es, wenn man sich "ganz entschieden" gegen Reagan, womöglich noch gegen "die USA", bzw. die sogenannten "Supermächte" USA und UdSSR ausspricht, aber die Rolle solcher fluchbeladener imperialistischer Großmächte wie Westdeutschland, Frankreich, England oder Japan verschweigt und deren zunehmende Rivalität gegenüber dem US-Imperialismus gar als "Friedensfaktor" herausputzt? Wem dient es, wenn man den "eigenen" Imperialismus, die imperialistische Bourgeoisie Österreichs, völlig aus der Schußlinie nimmt und diesen als harmlosen Gartenzwerg ausgibt?

Statt zum unversöhnlichen Kampf gegen die österreichischen Imperialisten aufzurufen, fordert der Aufruf zum 15.5.82 sogar "einen stärkeren Beitrag der österreichischen Bundesregierung in den internationalen Bemühungen um Frieden und Abrüstung" ! Das ist eine schamlose Beschönigung der durch und durch imperialistischen Politik der herrschenden Klasse Österreichs !

Was ist das überhaupt für ein "Kampf", wenn man nach dem illusionären Motto "Frieden schaffen ohne Waffen" die "Gewaltfreiheit" predigt, während die Imperialisten und Sozialimperialisten bis an die Zähne bewaffnet sind, bereit, jeden ernsthaften Widerstand gegen ihr Ausbeuterregime gewaltsam niederzuschlagen?! Wie sollen z.B. die von einer faschistischen Militärdiktatur grausam unterdrückten Arbeiter und Bauern in der Türkei oder in Polen "durch persönliches Verhalten Beispiel geben von einer neuen Form des Umgangs zwischen Menschen und der Lösung von Konflikten" ?! Ist es schwer einzusehen, daß sich angesichts solch naiv-gefährlicher Vorstellungen die Imperialisten die Hände reiben können ?

Tatsächlich, nichts anderes als solch einschläferndes Eiapopeia haben die "sozialen" Pfaffen, die KPÖ- und sonstigen Revisionisten, die Trotzkisten, die "sozialistischen" und anderen Friedensheuchler als "Handlungsanleitung" gegen den imperialistischen Krieg anzubieten !

WIE UND MIT WELCHEM ZIEL DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG BEKÄMPFEN ?

Was sollen also die Arbeiter und anderen unterdrückten Massen gegen den imperialistischen Krieg tun? Sollen sie sich mit Hirngespinsten trösten wie "Stellt Euch vor, es ist Krieg und niemand geht hin"? Oder sollen die Arbeiter und Werktätigen der verschiedenen Länder sich wieder mit der Lüge auf die Schlachtbank treiben lassen, sie müßten "ihr" Vaterland "verteidigen"? Sollen sie einander hinmorden zum "Ruhme" des kapitalistischen Vaterlandes, so wie es im 1.Weltkrieg geschah?

Nein ! Die Antwort des Proletariats auf den imperialistischen Krieg muß die Propagierung, Vorbereitung und Durchführung revolutionärer Massenaktionen sein - in einem imperialistischen Land wie Österreich mit dem unmittelbaren Ziel der proletarischen Revolution und in einem vom Imperialismus unterdrückten Land wie der Türkei mit dem Ziel der volksdemokratischen Revolution, die unter Führung des Proletariats zur sozialistischen Revolution weitergeführt wird !

Unser Vorbild in diesem Kampf sind die von Lenin und Stalin geführten Bolschewiki, die von ihnen angewandte Taktik der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz jener Ausbeuterordnung, die zu immer neuen und immer schrecklicheren Kriegen führt.

Der energische Kampf gegen den imperialistischen Krieg erfordert nicht nur die Entlarvung aller und jeglicher pazifistischer Demagogien und aller Rechtfertigungen der imperialistischen Kriegsvorbereitungen und des imperialistischen Raubkriegs. Im besonderen ist die langwierige, schwierige und opferreiche revolutionäre Antikriegsarbeit unmöglich, "ohne eine illegale Organisation für die Propagierung, Erörterung, Einschätzung und Vorbereitung der revolutionären Kampfmittel zu schaffen" (Lenin). Unweigerlich durchbricht auch die "demokratischeste" Bourgeoisie bei jeder ernsthaften "Krise" ihre eigene Legalität. Das hat die Geschichte aller Länder, darunter auch jene Österreichs tausendfach bewiesen ! Insbesondere der imperialistische Krieg bedeutet für die arbeitenden Massen die Verhängung des Belagerungszustands, ein Militärzuchthaus für die Werktätigen "an der Heimatfront" !

Ohne Zweifel stellt die leninistische Linie des revolutionären Kampfes gewaltige Aufgaben... aber die Erfüllung dieser Aufgaben ist der EINZIGE zielführende Weg im Kampf gegen den Imperialismus und den imperialistischen Krieg ! Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg liegt nicht im Wiederkäuen frommer pazifistischer Phrasen, sondern darin, die Wahrheit zu sagen. Als Revolutionäre müssen wir, wie Lenin sagte, den Menschen, "die über die Ursachen des gestrigen Kriegs und über den heraufziehenden Krieg von morgen nachdenken", die "harte Wahrheit" bewußt machen:

> "Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden Welt... nicht anders entrinnen, man kann dieser Hölle nicht anders entrinnen als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution." (Lenin, Zum 4.Jahrestag der Oktoberrevolution)

NIEDER MIT DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEGEN - ES LEBEN DIE REVOLUTIONÄREN BEFREIUNGSKRIEGE DES PROLETARIATS UND DER UNTERDRÜCKTEN VÖLKER !

NIEDER MIT DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS ! NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN MILITÄRDIKTATUR IN DER TÜRKEI !

NIEDER MIT IMPERIALISMUS, SOZIALIMPERIALISMUS UND JEGLICHER REAKTION - ES LEBE DIE PROLETARISCHE WELTREVOLUTION !

ES LEBE DIE WISSENSCHAFTLICHE LEHRE VON MARX, ENGELS, LENIN UND STALIN !

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !

*

Sympathisanten von BOLŞEVIK PARTIZAN in Österreich — Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)

hätten die Leute "vor den Kopf gestossen", seien zuwenig "populär" gewesen.

Sicher läßt sich die sprachliche Form und die Verständlichkeit aller unserer Publikationen verbessern und müssen wir uns um eine solche Verbesserung ständig bemühen. Doch geht es wirklich bloß um die bessere "Verpackung" und "mundgerechtere Verabreichung" unserer marxistisch-leninistischen Argumente ? Wir bezweifeln das. Wir sehen im Verlangen nach mehr "Popularität" unserer Publikationen im allgemeinen und unseres in Rede stehenden Flugblatts im besonderen eher die defensive Tendenz, die Propaganda der "Grundwahrheiten", das heißt dessen, was für die ideologische Gewinnung der Avantgarde des Proletariats <u>entscheidend</u> ist, zurückzustellen zugunsten einer "populären" Massenagitation, bei der beim jetzigen Stand des Klassenkampfes an der ideologischen Front notwendigerweise die Trennungslinie zur bürgerlich-revisionistischen Ideologie und Politik verloren gehen muß. Damit aber sind wir ganz und garnicht einverstanden.

Auf das auf Seite 25 abgedruckte Flugblatt angewandt, bedeutet das: Es wäre grundfalsch gewesen, auf irgendeine seiner zentralen Aussagen zu <u>verzichten</u>. Das gilt im besonderen auch für die von uns besonders hervorgehobene Feststellung:

<u>"Das, was die maßgeblichen Organisatoren des 'Österreichischen Friedensmarsches' am 15.Mai 1982 in Wien als 'Kampf gegen den Krieg' präsentieren, hat mit dem wirklichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg nichts zu tun!"</u>

Diese Einschätzung muß man in vollem Umfang aufrechterhalten und unterstreichen. Sie war <u>unverzichtbar</u> und ohne sie wäre unser Flugblatt, was die Hauptsache betrifft, wertlos gewesen.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 205 | 5. Ausgabe 1982 | S 15,-

GEHT DEN FRIEDENSHEUCHLERN NICHT AUF DEN LEIM !

Der marxistisch-leninistische Standpunkt zu Krieg und Frieden

I. DIE STELLUNG DER KOMMUNISTEN ZU KRIEGEN IST EINE GRUNDSÄTZLICH ANDERE ALS DIE DES BÜRGERLICHEN PAZIFISMUS, DER REVISIONISTEN UND "FRIEDENSPREDIGER"

II. "DAUERHAFTER FRIEDEN" IM KAPITALISMUS IST EINE REAKTIONÄRE ILLUSION - IMPERIALISMUS BEDEUTET KRIEG !

III. DIE MARXISTEN-LENINISTEN FÜHREN DEN UNVERSÖHNLICHEN KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG VOM STANDPUNKT DER PROLETARISCHEN REVOLUTION AUS

IV. AUCH IM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG GILT: DER KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS IST EINE HOHLE PHRASE, WENN ER NICHT UNZERTRENNLICH MIT DEM KAMPF GEGEN DEN OPPORTUNISMUS VERBUNDEN IST !

V. DIE STELLUNG ÖSTERREICHS IM SYSTEM DES WELTIMPERIALISMUS UND DIE DEMAGOGIE DER ÖSTERREICHISCHEN OPPORTUNISTEN

Eine andere Frage allerdings ist, ob es günstig war, diese prinzipielle Feststellung gleich an den Anfang des Flugblatts zu setzen oder ob man sie nicht besser als eine Schlußfolgerung an sein Ende hätte setzen sollen. Kritiken in diese Richtung, die es ebenfalls gab, stimmen wir gerne zu.

*

Insgesamt schätzen wir die Aktion vom 15.5.1982 als eine sehr notwendige Sache ein, die trotz einiger Schwächen, erfolgreich durchgeführt wurde.

★

SPENDET FÜR DEN RF-FONDS !

Polen und das österreichische Finanzkapital

Wie zu erwarten, hat sich die österreichische Bourgeoisie die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur in Polen, einem angeblich "sozialistischen" Land, in einer ohrenbetäubenden heuchlerischen Kampagne auszuschlachten, die von widerlichstem Antikommunismus geprägt ist. Dazu sind die Spitzen der "guten" bürgerlichen Gesellschaft, ungeachtet ihrer permanenten Streitigkeiten um den Futternapf und ihrer gerade in letzter Zeit sehr heftigen gegenseitigen Korruptionsanklagen, sogleich zusammengerückt und haben ein sogenanntes "Nationalkomitee zur Hilfe für Polen" gebildet. SPÖ, ÖVP, FPÖ und insbesondere auch die katholische Kirche sitzen in diesem Komitee brüderlich zusammen, angeblich von tiefster Sorge um das Wohlergehen eines Volkes erfüllt, das nicht das Glück hat, unter ihrem Szepter zu leben. Mit der theatralisch inszenierten "Hilfe für Polen" versuchen die Propagandisten der imperialistischen Ausbeuterordnung in Österreich den Eindruck zu erwecken, als ob sie selbstlose "Humanisten", "Demokraten" und "nächstenliebende Christen" wären, die nicht zusehen könnten, wie ein anderes Volk leide, während das eigene die Butterseiten des Lebens genieße.

Dieser ekelerregenden Heuchelei und Verlogenheit, die natürlich nicht müde wird, das Unglück und die Leiden des polnischen Volkes als Erscheinungsform und als Folge der "kommunistischen Diktatur" darzustellen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, sie schonungslos zu entlarven und zu bekämpfen, ist heute eine unabdingbare Notwendigkeit. Wer das nicht erkennt und befolgt, wird vom Strom der imperialistischen Propaganda unweigerlich mitgerissen werden, wird weder imstande sein, mit dem grausam gequälten arbeitenden Volk Polens wirklich solidarisch zu sein, noch imstande, aus dem Beispiel Polens für den eigenen Kampf zu lernen.

In Polen wie in Österreich stehen die werktätigen Massen den <u>im grunde gleichen Feinden</u> gegenüber, einer Klasse von Ausbeutern, die zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung jederzeit bereit sind, das sich wehrende Volk niederzuknüppeln, auf die Arbeiter schießen zu lassen, sie in Gefängnisse und Zuchthäuser zu sperren usw. Die in Österreich im Juli 1927 und im Februar 1934 den Schießbefehl gegen die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter gaben und die es im Oktoberstreik 1950 nur deshalb nicht taten, weil eine damals noch von Stalin befehligte Rote Armee im Land stand, sie sind in Wahrheit Blut vom Blut und Geist vom Geist jener, die heute auch in Polen auf die Bajonette und Gewehre setzen, um das zu retten, was sie alle zusammen als "Ruhe und Ordnung" so sehr lieben, nämlich die "Ordnung" ihrer Herrschaftsverhältnisse und die "Ruhe" der davon Betroffenen.

Und die Demagogie kennt keine Grenzen. So tönte etwa ÖVP-Mock: "Das österreichische Volk lebt heute in Freiheit und Wohlstand". Deshalb sei man gemäß der "humanitären Gesinnung Österreichs" insbesondere auch "aus christlich-humanitären Gründen zur Hilfe verpflichtet." ("profil extra - Requiem für Polen", 15.1.1982, S.69)

Genausowenig wie das militaristische Revisionisten-Regime in Po-

len irgendetwas mit "Kommunismus" zu tun hat, genausowenig hat das, was die Repräsentanten und Nutznießer des imperialistischen Profitsystems in Österreich zur Zeit in bezug auf Polen veranstalten, auch nur das Geringste mit wirklicher Hilfe für das arbeitende Volk Polens zu tun ! Was die polnischen Arbeiter brauchen, was ihren Interessen entspricht, ist genau das Gegenteil dessen, was diese Kräfte wollen, anstreben und betreiben !

Die "Sorge", mit der die österreichischen Imperialisten die Entwicklung in Polen verfolgen, gilt in Wirklichkeit vor allem der Sicherung und dem Ausbau ihrer eigenen Ausbeuterinteressen in diesem Land. Das betrifft besonders ihre Milliardenkredite an das polnische Revisionisten-Regime und den termingerechten Rückstrom der entsprechenden Zinsen und Tilgungsraten. Nach der BRD, den USA, Frankreich und England steht Österreich bereits an fünfter Stelle unter den westlichen Gläubigerstaaten Polens. Der polnische Staat der neuen Bourgeoisie ist allein mit über 30 Milliarden Schillung an das österreichische Finanzkapital verschuldet ! Und eben "das steht für Österreich auf dem Spiel" (Kurier, 15.12.1981).

Die immer bedrohlicher erscheinende Gefahr des vollständigen wirtschaftlichen Bankrotts des polnischen Revisionisten-Regimes beunruhigt die westlichen Finanzkapitalisten schon seit längerem außerordentlich. "Wenn Polen pleite geht", schrieb "Der Spiegel" kürzlich, "droht den westlichen Kreditgebern ein Bankenkrach ... Selbst erzsolide Bankhäuser könnten in einen Krisenstrudel geraten." (Spiegel 53/81, S.65 f).

Eine dieser Banken ist die Wiener verstaatlichte Großbank "Creditanstalt Bankverein", die sich in einem "ungewöhnlichen Fernschreiben" mit einem aufgeregten "Appell" an die anderen westlichen Banken wandte, die Polenkredite nicht für "notleidend" zu erklären. Müßten die Kredite für die polnischen Revisionisten als "Verlust" abgeschrieben werden, ergäben sich für die CA gefährliche Folgewirkungen, weil dann eine "Kette von Kreditausfällen" nicht vermieden werden könne. (Vgl.Spiegel 52/81, S.101)

LENIN ÜBER DIE ROLLE DER BANKEN IM MONOPOLKAPITALISMUS:

"Das Monopol ist aus den Banken erwachsen. Diese haben sich aus bescheidenen Vermittlungsunternehmungen zu Monopolisten des Finanzkapitals gewandelt. Drei bis fünf Großbanken einer beliebigen der kapitalistisch fortgeschrittensten Nationen haben zwischen Industrie- und Bankkapital eine 'Personalunion' hergestellt und in ihrer Hand die Verfügungsgewalt über Milliarden und aber Milliarden konzentriert, die den größten Teil der Kapitalien und der Geldeinkünfte des ganzen Landes ausmachen. Eine Finanzoligarchie, die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt - das ist die krasseste Erscheinungsform dieses Monopols." (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S.304 f)

Aus dieser Sicht waren auch den österreichischen Imperialisten die "wilden und unkontrollierten Streiks" der polnischen Arbeiter ein Dorn im Auge. Als Kreisky im September 1981 die polnischen Arbeiter zu "mehr Arbeit" aufrief, damit die "Verpflichtungen" an Österreich eingehalten würden, machte er nicht nur nach Kapitalistenlogik die Arbeiter für die wirtschaftliche Misere in diesem Land verantwortlich, sondern brachte vor allem die reaktionären Ansprüche der österreichischen Monopolbourgeoisie zum Ausdruck, denen bei weitem nichts so wichtig ist wie der regelmäßige und ungeschmälerte Eingang ihrer "Kapitalerträge" und "Renditen" aus Polen.

Die Verhängung des Kriegsrechts gegen die Arbeiter in Polen, die gewaltsame Niederwerfung der polnischen Arbeiterbewegung durch die Unterdrückungsorgane der revisionistischen Machthaber, wodurch jede Regung des Protests blutig niedergehalten werden soll, liegt demzufolge durchaus auch im Interesse der westlichen Imperialisten. Von der Friedhofsruhe in Polen versprechen sich die westlichen Finanzkapitalisten bessere "Garantien" für die Ausbeutung der polnischen Arbeiter in Form der Verzinsung ihrer Milliardenkredite und für die Ausplünderung der natürlichen und menschlichen Ressourcen dieses Landes überhaupt. Drei Tage nachdem die Generäle in Polen die Hebel der Macht ergriffen hatten, schrieb die "Frankfurter Rundschau":

> "Laut wagt es kein westlicher Bankier zuzugeben, hinter vorgehaltener Hand aber wird kräftig aufgeatmet: Seit das Militär in Polen die Macht übernommen hat, kann man das heruntergewirtschaftete Land wieder als besseren Schuldner einschätzen." (FR, 17.12.1981)

Laut "Spiegel" meinte ein Frankfurter Großbankier ganz unverblümt:

> "Durch den Ausnahmezustand können unsere Kredite nur sicherer und besser werden." (Spiegel, 51/81, S.101)

Und im Leitartikel der englischen "Times" hieß es am 16.12. 1981:

> "Das ideale Ergebnis der gegenwärtigen Konfrontation wäre ein Handel, in welchem Solidarność ihre allgemeine Unterstützung für die wirtschaftliche Erholung geben würde und im Gegenzug strukturelle Änderungen in den wirtschaftlichen und politischen Strukturen erhielte. Sie müßte zum Beispiel die Aufgabe der Forderung nach freien Samstagen anbieten."

Die österreichischen Finanzkapitalisten reagierten nicht anders. Da Jaruzelski in seiner Rede vom 13.Dezember 1981 versprach, gegenüber den westlichen Imperialisten alle "Verpflichtungen" einzuhalten, "übt sich die Wirtschaft in Optimismus" (Kurier,



„Aufhören, Kumpels, Samstag arbeiten wir nicht mehr!" Aus tz-München

"Die Arbeiter sollen mehr schuften!" - Darin waren sich Kreisky und die "Kronenzeitung" auch schon vor dem 13.12.81 mit den revisionistischen Machthabern Polens einig, wie diese reaktionäre Karikatur aus der "Kronenzeitung" vom 10.Jänner 1981 zeigt.

15.12.1981). Die "Kronenzeitung" betonte ausdrücklich, daß die Generäle über Polen das Kriegsrecht verhängt hätten, "auch, um die Wirtschaft zu sanieren." (9.1.82).

Mögen die Marktschreier der österreichischen Bourgeoisie auch viel "Empörung" über das Geschehen in Polen heucheln, Tatsache bleibt:

- Die österreichischen Imperialisten **b e g r ü ß e n** es, wenn die revisionistischen Machthaber Polens die bankrotte Wirtschaft durch die

- immer maßlosere Auspressung der Arbeiter zu "sanieren" suchen, so daß die imperialistische Ausplünderung Polens für die reaktionären Blutsauger aller Sorten "gesichert" ist und effektiver funktioniert.

Wie könnte es auch anders sein? Tun die polnischen Generäle im Auftrag der neuen Bourgeoisie Polens doch nur das, was die westlichen Imperialisten, darunter die österreichischen, in ihren eigenen Ländern genauso machen: die Lasten der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf den Rücken der arbeitenden Menschen abwälzen ! Und genau wie die polnischen Machthaber schrekken sie keinesfalls davor zurück, ihren Ausbeuterfrieden mit faschistischem Terror zu "gewährleisten", wenn die werktätigen Massen des einen oder anderen Landes aufbegehren. Das zeigt unter anderem die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur in der Türkei. Daß so wie die gesamte westlich-imperialistische auch die österreichische Bourgeoisie den faschistischen Putsch des Generals Evren so begeistert als bestes Mittel gegen "Chaos und Anarchie" lobten, bewies einmal mehr, wie sehr es auch im Interesse der Profite der österreichischen Imperialisten liegt, die aufbegehrenden Arbeiter und Bauern der Türkei unter einem blutigen Militärstiefel zu halten !

Ihre eigenen Profitinteressen bestimmen auch die Haltung des österreichischen Monopolkapitals zur Frage der sogenannten "Strafsanktionen" gegen Polen. Die österreichischen Imperialisten haben sich im Streit der imperialistischen Räuber ziemlich klar an die Seite der westdeutschen Revanchisten g e g e n die von den US-Imperialisten geforderten "Sanktionsmaßnahmen" gegen das polnische Revisionisten-Regime gestellt. Ebenso wie die westdeutschen Imperialisten, Militaristen und Revanchisten sind die österreichischen Imperialisten der Meinung, daß ihnen im Augenblick "Strafsanktionen" gegen Polen mehr schaden als nützen würden. Sie versprechen sich von einer "Politik der offenen Tür" momentan größere Vorteile. Das ergibt sich unmittelbar daraus, daß die Profite aus der Ausplünderung Polens für das österreichische Kapital (ebenso wie für das westdeutsche) ungleich größeres spezifisches Gewicht haben wie für das amerikanische, das daher sein politisches Interesse an maximalen Schwierigkeiten im Machtbereich der Kreml-Führer an die erste Stelle setzt.

Die Fürsprecher der österreichischen Kapitalinteressen behaupten, daß sie gegen "Sanktionsmaßnahmen" seien, da damit dem polnischen Volk nicht "geholfen" werden könne. Doch die Auseinandersetzung für und wider "Strafsanktionen" gegen Polen hat überhaupt nichts mit der Frage zu tun, auf welche Weise man dem polnischen Volk "am besten hilft". Genau wie allen anderen Imperialisten und genau wie den russischen Sozialimperialisten geht es der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs ausschließlich darum, die Lage in Polen maximal für sich selbst auszuschlachten, wobei sie sich auch gegenseitig immer wieder in die Haare geraten.

Die durch und durch reaktionären Klasseninteressen des österreichischen Finanzkapitals sind es, die hinter der gesamten Demagogie und den Aktivitäten all der verlogenen "sozialistischen", "christlichen" und aller anderen bürgerlichen "Polen-Freunde" stehen. Die "Polen-Hilfe" hat ebensowenig mit wirklicher Unterstützung für die arbeitende Bevölkerung Polens zu tun wie es eine Fütterung der Fische darstellt, wenn der Fischer eine Angel mit einem Wurm ins Wasser hängt.

Fortsetzung auf Seite 32

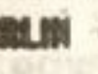
STUDIERT:

Wir bitten um Bestellung bei:

* * *

Zentraler Literaturdienst
1151 WIEN
Postfach 82

Walter Hofmann
Homburger Landstr. 52
6000 FRANKFURT/MAIN



E.H. Karge
Monumentenstr. 37
1000 WESTBERLIN 62

P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 109 | 1. Ausgabe 1981 | Preis S 12,-

BEISPIEL POLEN

Lehren, Probleme, Perspektiven

Warum die Ereignisse in Polen ein solch großes Aufsehen erregt haben, hängt unmittelbar damit zusammen, daß es sich um ein angeblich sozialistisches Land handelt, ein Land des "realen Sozialismus", in dem eine katastrophale Wirtschaftskrise existiert und in dem es zu landesweiten Streiks und zur Bildung sogenannter "unabhängiger Gewerkschaften" kam.

In dieser Situation wird nicht wenig Demagogie betrieben. Kreisky tönte in einer Rundfunkerklärung, dies sei "ein die kommunistischen Regimes in Europa vernichtendes Ereignis". Der "Kurier" vom 23. August triumphierte: "Das kommunistische System funktioniert nicht, kann nicht funktionieren". E. Scharf drückte dagegen in der "Volksstimme" vom 21. August sein "Vertrauen" aus, "daß es den Kräften des Sozialismus auch in Polen gelingen wird, mit offenbar gewordenen Schwächen fertig zu werden und die Probleme zu lösen, die eine harmonischere Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus behindern." Die Streiks

Aus dem Inhalt:

INHALT:

- POLEN - EIN KAPITALISTISCH-REVISIONISTISCHES LAND
- DER WIDERSTAND DER POLNISCHEN ARBEITER 1970 und 1976
- DIE STREIKBEWEGUNG VON 1980
- DER WIDERSPRÜCHLICHE CHARAKTER DER FORDERUNGEN UND BISHERIGEN ERGEBNISSE DER POLNISCHEN STREIKBEWEGUNG
- DIE VERANTWORTUNG DER MODERNEN REVISIONISTEN FÜR DIE HEUTIGE LAGE IN POLEN
- WER SIND DIE LECH WALESAS? WAS WOLLEN SIE? WEM DIENEN SIE?
- WIE GREIFEN DIE WESTLICHEN IMPERIALISTEN UND IHRE AGENTEN IN POLEN EIN?
- DIE REAKTIONÄRE ROLLE DER KATHOLISCHEN KIRCHE
- DER KAMPF ZWISCHEN DEN RUSSISCHEN SOZIALIMPERIALISTEN UND DEN WESTLICHEN IMPERIALISTEN IN POLEN
- WELCHE ROLLE SPIELEN DIE "UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTEN"?
- OHNE WAHRHAFT KOMMUNISTISCHE PARTEI KANN KEIN DAUERHAFTER SIEG ERRUNGEN WERDEN !
- EINSEITIGE SICHTWEISEN DER POLNISCHEN EREIGNISSE FÜHREN ZU OPPORTUNISTISCHEN SCHLUSSFOLGERUNGEN UND HELFEN FAKTISCH DEN REVISIONISTEN

Fortsetzung von Seite 30

Als Marxisten-Leninisten Österreichs betrachten wir es als zentrales Gebot unserer proletarisch-internationalistischen Unterstützung der Sache des polnischen Proletariats, zu entlarven, daß die Haltung der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs gerade auch zu Polen keineswegs von "Humanität und Großherzigkeit" bestimmt ist, sondern von jenem ökonomischen Grundgesetz des modernen Kapitalismus, das Stalin folgendermaßen formulierte:

"Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dienen." (Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 1952, Peking 1972, S.44/45)

* * *

Die österreichischen Revisionisten, Pseudomarxisten und Trotzkisten aller Sorten haben nach dem 13.Dezember 1981 besonders krass bewiesen, daß sie notorische Feinde der Befreiungskämpfe der Arbeiterklasse und der Werktätigen aller Länder, de fakto Handlanger und Mittelsmänner der Imperialisten und Sozialimperialisten sind.

Wie nicht anders zu erwarten, haben die "KPÖ"-Revisionisten sofort die Position der eifrigsten Befürworter des sozialfaschistischen Regimes in Polen eingenommen. Zugleich haben sie die "besonnene Haltung" Kreiskys und anderer Vertreter der westeuropäischen Imperialisten gelobt, die "Sanktionsmaßnahmen" gegen die polnischen Revisionisten ablehnten. Beides ist kein Zufall. Die "KPÖ"-Revisionisten sind ihrer objektiven Rolle nach nicht nur von den Extraprofiten der österreichischen Bourgeoisie bestochene kleinbürgerliche und arbeiteraristokratische Agenten des Ausbeutungssystems in Österreich, sondern schmarotzen mittels ihrer zahlreichen Wirtschaftsunternehmen im "Ost-Westhandel" besonders stark auch an der Ausbeutung der Arbeiter in Polen und anderen revisionistisch-kapitalistischen Ländern mit.* Die Muhri-Revisionisten sind eine regelrechte Handelsagentur der neuen Bourgeoisien ehemals sozialistischer bzw. volksdemokratischer Staaten, besonders der russischen Sozialimperialisten, in Österreich.

Wenn sich die Muhri-Revisionisten in ihrer Demagogie in bezug auf Polen vor allem als Papageien der dortigen revisionistischen Machthaber im Generalsgewand erweisen und eine konterrevolutionäre Propaganda für "Ruhe und Ordnung" in Polen betreiben, haben sich vor allem die GRM-Trotzkisten praktisch völlig der reaktionären Hetze der österreichischen Bourgeoisie und der westlichen Imperialisten angehängt. Im Chor mit erklärten Antikommunisten schrien sich die Trotzkisten und Eurorevisionisten, zu denen sich bei der Demonstration am 14.12.1981 in Wien auch noch die Jocha-Gruppe gesellte, bei den verschiedensten Anlässen gegen den in Polen angeblich herrschenden "Stalinismus" heiser.

Um **b e i d e n** Spielarten der antikommunistischen Demagogie entgegenzutreten, um klarzustellen, daß **b e i d e** die Sache des Sozialismus aufs schlimmste diskreditieren, hat die MLPÖ unmittelbar nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen das nachstehend abgedruckte Flugblatt verbreitet.

* Die "Rote Fahne" hat bereits 1967 in dem vierteiligen Artikel "Der kapitalistische KPÖ-Konzern - eine Eiterbeule" das profitträchtige Wirtschaftsimperium der "KPÖ"-Manager detailliert beleuchtet und gezeigt, welche wichtige Rolle bei den Geschäften dieses Imperiums die polnische Kohle spielt. (Vgl.RF Nr.75, Nr.77, Nr.80, Nr.83/84)

Bis heute ist der Handel mit polnischer Kohle in Österreich weitgehend von der revisionistischen "KPÖ" gehörenden Handelsfirmen monopolisiert, sodaß jede Unterbrechung oder auch nur Verringerung der polnischen Kohlenexporte nach Österreich eine empfindliche Schmälerung der Gewinne der KPÖ-Firmen bedeutet. Kein Wunder, wenn sich die KPÖ-Revisionisten unter solchen Umständen besonders über die Streiks in den polnischen Kohlengruben empörten und auch nicht davor zurückschreckten, die Waffenanwendung der polnischen Militärdiktatur gegen streikende Grubenarbeiter zu rechtfertigen.

K R I E G S R E C H T GEGEN DIE POLNISCHEN ARBEITER UND BAUERN:

NIEDER MIT DER SOZIALFASCHISTISCHEN MILITÄRDIKTATUR IN POLEN !

ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS !

Seit Sonntag, dem 13.Dezember 1981, herrscht in Polen Kriegsrecht. Ein sogenannter "Militärrat für die nationale Rettung" hat die Hebel der Macht unmittelbar in die Hände genommen, angeblich um Polen vor dem "Abgrund" zu retten. Welcher Zynismus ! Wer ist es denn, der Polen in den Abgrund geführt hat? Das sind dieselben revisionistischen Machthaber, in deren Auftrag die reaktionären Militärs jetzt den weißen Terror gegen die polnischen Arbeiter, Bauern und Studenten ausüben !

Die polnischen Arbeiter haben schon wiederholt erlebt, was die polnischen Machthaber und ihr Militär unter der "Rettung der Nation" verstehen: 1970 wurden durch Panzereinsätze und mehrfachen Schußwaffengebrauch mindestens 45 Arbeiter ermordet, als die Armee und die Polizei der polnischen Arbeiter blutig niedermachten. 1976 ermordeten die Unterdrückungsorgane der Revisionisten nochmals mehr als 20 Arbeiter ! Wahrhaftig, das polnische Revisionisten-Regime hat das Erbe der faschistischen Pilsudski-Diktatur angetreten !

Besonders tragisch ist, daß die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Massen in Polen im Namen des "Marxismus-Leninismus" und des "Kommunismus" erfolgt. Das wird von den westlichen Imperialisten natürlich weidlich ausgenützt, um vom "Bankrott des Kommunismus" zu faseln. Ja, die Ereignisse in Polen sind eine Bankrotterklärung. Aber nicht eine Bankrotterklärung des Sozialismus und Kommunismus, des Marxismus-Leninismus, sondern eine solche des Revisionismus, welcher in der polnischen Partei nun schon seit Jahrzehnten herrscht und Polen immer tiefer in den Ruin geführt hat.

Die Errichtung einer sozialfaschistischen Militärdiktatur in Polen wird von den Feinden des Proletariats, den Regierungs-"Sozialisten", den Trotzkisten, den Eurorevisionisten und sonstigen bürgerlichen Antikommunisten auch schamlos ausgenutzt, um mit Geschrei gegen den dort angeblich herrschenden "Stalinismus" die Idee der Diktatur des Proletariats, die Sache des Sozialismus und Kommunismus wild zu attackieren. Doch es kann keine größere Demagogie geben, als die modernen Revisionisten als "Stalinisten" zu bezeichnen. Es gibt keine größeren Feinde des Kommunismus, des Marxismus-Leninismus und des Genossen Stalin als eben die modernen Revisionisten ! Genausowenig wie das, was die Revisionisten heute in Polen anrichten, irgendetwas mit Marx, Engels oder Lenin zu

tun hat, genausowenig hat das auch nur das Geringste mit Stalin zu tun ! Stalin hat sein. ganzes Leben lang die Interessen der Arbeiterklasse gegen solche Kreaturen verteidigt, wie sie heute in Polen am Ruder sind !

Die Gomulka, Gierek und Konsorten haben das ganze arbeitende polnische Volk um die Früchte seiner mit ungeheuren Opfern erkauften Befreiung vom hitlerfaschistischen Joch, seiner volksdemokratischen Revolution und seiner heroischen Arbeit am sozialistischen Aufbau gebracht. Sie haben die Diktatur des Proletariats durch die revisionistische Diktatur über das Proletariat ersetzt und in allen Bereichen den Kapitalismus restauriert. Die fortschreitende Verelendung der werktätigen polnischen Massen ist unmittelbares Resultat der in Polen herrschenden Ausbeuterordnung und der Ausplünderung Polens insbesondere durch die russischen Sozialimperialisten, zunehmend aber auch durch die westlichen Imperialisten, darunter auch die österreichischen. Nicht anders als in Italien, Frankreich oder auch in Österreich sind die Streiks der polnischen Arbeiter die unvermeidliche Folge der tiefen Spaltung der polnischen Gesellschaft in antagonistische, einander unversöhnlich gegenüberstehende Klassen !

Die Klassenkampfsituation in Polen vor dem 13.Dezember 1981 war vor allem durch eine breite Massenbewegung der Arbeiter gekennzeichnet, die dem revisionistischen Regime einige Zugeständnisse abgetrotzt haben. Diese Klassenbewegung des Proletariats hat jedoch noch keine authentische revolutionäre Führung hervorzubringen vermocht, sodaß sie weitgehend unter der Führung prowestlicher, kirchlicher und anderer reaktionärer Kräfte steht, die im Grunde lediglich Konkurrenten der gegenwärtig herrschenden Ausbeuter sind, nämlich ihr westlich-kapitalistisches Gegenstück. Die Hauptschuld daran tragen aber die modernen Revisionisten. Sie haben viele ehrliche Arbeiter und Werktätige so weit gebracht, daß ihnen die von den revisionistischen Verrätern millionenfach mißbrauchten Namen und Begriffe der revolutionären Arbeiterbewegung geradezu Mißtrauen und Abscheu einflößen und daß nicht wenige von ihnen schließlich bei den Kreaturen der westlichen Imperialisten und der römisch-katholischen Kirche noch eher ihre Interessen vertreten glauben als bei der herrschenden Revisionisten-Clique !

Doch die westlichen Imperialisten stehen den polnischen Arbeitern keinen einzigen Zentimeter näher ! Ebenso wie den russischen Sozialimperialisten geht es ihnen nur um eine "Freiheit": möglichst viel aus den polnischen Arbeitern herauszupressen ! Das unterstrich erst kürzlich Kreisky, als er die polnischen Arbeiter zu "mehr Arbeit" aufrief, damit die Ausbeuterinteressen des österreichischen Kapitals gewahrt bleiben !

> AUS KARL MARX' "REDE ÜBER POLEN"
>
> "Wie die Bourgeoisklasse eines Landes gegen die Proletarier desselben Landes vereinigt und verbrüdert ist, trotz der Konkurrenz und des Kampfes der Mitglieder der Bourgeoisie unter sich selbst, so sind die Bourgeois aller Länder gegen die Proletarier aller Länder verbrüdert und vereinigt, trotz ihrer wechselseitigen Bekämpfung und Konkurrenz auf dem Weltmarkte." (Marx-Engels-Werke, Bd.4, S.416)

Das zeigt auch die Reaktion der westlichen Imperialisten auf den 13.Dezember 1981. So begrüßte Kreisky die Verhängung des Kriegsrechts in Polen als "Versuch, das Ärgste zu verhindern". Andere Vertreter der westlichen Imperialisten äußerten sich ähnlich "zurückhaltend". Warum? Weil sie ihre Ausbeuterinteressen in Polen durch die Verhängung des Kriegsrechts grundlegend nicht gefährdet sehen ! Die Tatsachen zeigen: Solange sich die polnischen Arbeiter auf irgendeinen Imperialismus verlassen, werden sie immer wieder verkauft werden ! Und wenn sich die Imperialisten und Sozialimperialisten über Polen in die Haare geraten, so wird das niemals ein Streit um die Verteidigung der Interessen der werktätigen Massen Polens sein, sondern ein Streit zwischen Räubern um die Beute bleiben, der sich auf dem Rücken des arbeitenden Volkes abspielt!

Doch die Besten der polnischen Arbeiterbewegung werden sich gewiß vom Einfluß der revisionistischen, prowestlichen und klerikalen Demagogen freimachen und erkennen, daß dem polnischen Proletariat die gesamte imperialistische und revisionistische Welt samt ihren Anhängseln zutiefst feindlich gegenübersteht. Die Fortgeschrittensten des polnischen Proletariats werden gewiß das von den modernen Revisionisten in den Schmutz getretene Banner des Marxismus-Leninismus, der unbesiegbaren Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin, wieder aufheben, um an den Neuaufbau einer wahrhaft revolutionären Vorhutpartei der polnischen Arbeiterklasse zu schreiten, um den arbeitenden Massen Polens bewußt zu machen, daß nur der revolutionäre Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, die Zerschlagung ihres ganzen reaktionären Unterdrückungsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats den arbeitenden Menschen auf die Dauer ein menschenwürdiges Leben sichern kann.

Wir Marxisten-Leninisten Österreichs werden alles in unseren Kräften stehende tun, um für ein revolutionäres Bündnis zwischen dem österreichischen und dem polnischen Proletariat zu kämpfen. Ein solches Bündnis ist unmöglich ohne den schonungslosen Kampf gegen die modernen Revisionisten, die Entlarvung der polnischen Revisionisten und ihrer österreichischen Gesinnungsbrüder. Ein solches Bündnis ist unmöglich ohne den erbarmungslosen Kampf gegen alle Arten von Antikommunismus. Ein solches Bündnis ist schließlich vor allem unmöglich ohne unversöhnlichen Kampf gegen die reaktionären Machenschaften "unserer", der österreichischen Bourgeoisie in bezug auf Polen.

ES LEBE DIE PROLETARISCH-INTERNATIONALISTISCHE SOLIDARITÄT MIT DEN POLNISCHEN ARBEITERN !

Der Falklandkrieg und das Elend mit der PdA Albaniens

Wollte man der Propaganda der in Argentinien herrschenden faschistischen Generäle glauben, so ging es bei der militärischen Besetzung der "Malvinas" (Falkland-Inseln) einfach um die legitime Zurücknahme eines Archipels, der von England kolonialistisch annektiert worden war, historisch rechtmäßig und geographisch aber zu Argentinien gehöre. Die faschistischen Generäle, die das argentinische Volk blutig unterdrücken, es grausam ausbeuten und hemmungslos an jeden beliebigen ausländischen Imperialismus verkaufen, wenn dieser der Militärjunta an der Macht zu bleiben hilft, werfen sich damit in die heuchlerische Pose von Verteidigern der nationalen Interessen, von Kämpfern gegen historisches Unrecht, von begeisterten Patrioten.

Glaubt man dagegen der Propaganda Englands, so mußte die britische Flotte in den Südatlantik entsandt werden, um die Bewohner der Falklands gegen eine argentinische Aggression zu schützen, mußte England einen "Anschlag auf die britische Ehre" zurückschlagen usw. So wie drüben die faschistischen Generäle, spielen sich also auch die englischen Imperialisten herüben als Verteidiger der "nationalen Ehre", des historischen Rechts, des "Vaterlandes" und seiner "höchsten Güter" auf.

Der Falkland-Konflikt ist somit ein weiteres anschauliches Beispiel dafür, wie in einem von beiden Seiten her reaktionären, ungerechten Krieg, in einem Verbrechen zweier erzreaktionärer Ausbeuterklüngel gegen das eigene und

gegen ein anderes Volk, die Drahtzieher und Veranstalter dieses Krieges ihre Völker betrügen, wobei sie sich insbesondere der nationalistischen Hetze bedienen.

Für Marxisten-Leninisten ist die Haltung zum Falklandkrieg ganz klar:

> Weder von Seiten Argentiniens noch von Seiten Englands ist das ein gerechter Krieg. Das Geschrei vom "Kampf um Ehre und Gerechtigkeit" aus dem Munde der Herrschenden beider kriegführenden Länder ist nichts als nationalistische Demagogie und chauvinistische Hetze, um die schmutzigen reaktionären und imperialistischen Ziele zu bemänteln, welche die britischen Imperialisten und die faschistischen Machthaber Argentiniens in Wirklichkeit verfolgen. Die Marxisten-Leninisten verurteilen diesen von beiden Seiten ungerechten Krieg. Sie unterstützen sowohl in Argentinien als auch in England den antimilitaristischen und revolutionären Kampf der Arbeiter und der anderen unterdrückten Volksmassen gegen die im jeweiligen Land herrschende Macht.

Diesen Standpunkt setzen wir gegen jede Parteinahme für die räuberischen Ziele der britischen Imperialisten, mag diese offen und unverschämt vertreten werden oder sich hinter der verlogenen Losung "Falkland den Falkländern!" verbergen.

Diesen Standpunkt setzen wir gleichermaßen gegen die Parteinahme für die reaktionären Ziele des argentinischen Faschistenregimes, mag sie unverhüllt vertreten werden, wie das die Faschisten in der "Nationalzeitung" tun, oder mag sie sophistisch verbrämt vorgebracht werden, wie das die Revisionisten im Kielwasser der russischen Sozialimperialisten machen.

Wie gesagt: für Marxisten-Leninisten ist dieser Standpunkt ganz eindeutig und klar, kann es davon nicht die geringste Abweichung geben.

Ganz und garnicht klar ist dieser marxistisch-leninistische Standpunkt jedoch für die PdA Albaniens, jene Partei, die immer noch von sich behauptet, an der Spitze des Kampfes gegen den modernen Revisionismus zu stehen, ja sich überhaupt als führende Kraft, Kern und Zentrum der ganzen marxistisch-leninistischen Weltbewegung betrachtet und feiern läßt.

Nach längerem Schweigen zum Falkland-Krieg hat sich die PdA Albaniens in dem Artikel "Argentinien verteidigt seine unleugbaren Rechte", der am 13.Mai 1982 im Zentralorgan "Zeri i Popullit" veröffentlicht wurde*, in diesem reaktionären Krieg offen an die Seite des argentinischen Faschistenregimes gestellt.

SCHAMLOSE UNTERSTÜTZUNG DER FASCHISTISCHEN MILITÄRDIKTATUR IN ARGENTINIEN

In dem "Zeri-i-Populit"-Artikel wird für das faschistische Militärregime eindeutig Partei ergriffen:

> "Argentinien nimmt in dieser Frage einen richtigen Standpunkt ein."

Ausdrücklich ein Gleichheitszeichen zwischen die Interessen des argentinischen Staates und die Interessen des von diesem reaktionären Staat unterdrückten Volkes setzend, schreibt das albanische Blatt:

> "Der Staat von Argentinien und sein (!) Volk haben sich nie mit der britischen Besetzung abgefunden, sie haben niemals auf ihre historischen Rechte bezüglich der Zugehörigkeit der Malvinen-Inseln verzichtet. Seit eineinhalb Jahrhunderten kämpfen sie für diese Rechte und sie haben erklärt, daß sie solange kämpfen werden, bis die ihnen zustehende Souveränität über ihr geraubtes Land anerkannt wird und bis das ihnen von den großen imperialistischen und kolonialistischen Mächten zugefügte historische Unrecht beseitigt ist."

Als ob es den faschistischen Machthabern Argentiniens, die den hemmungslosen Ausverkauf des Landes an die Imperialisten betreiben, d a r u m ginge!

> In Wirklichkeit muß der Zeitpunkt der Besetzung der Falkland-Inseln durch argentinische Truppen in direktem Zusammenhang mit der innenpolitischen Situation des Landes gesehen werden. Kurz vorher war es in Buenos Aires und anderen Städten Argentiniens zu den machtvollsten Demonstrationen seit 1974 gegen den faschistischen Terror, gegen die unerhörte Teuerung, gegen die immense Arbeitslosigkeit, gegen Hunger und Elend gekommen.

In dieser Situation bestand ein ganz wesentliches Ziel der faschistischen Junta darin, mit der Besetzung der Falkland-Inseln die Aufmerksamkeit der Massen von den inneren Widersprüchen abzulenken, mithilfe hemmungsloser nationalistischer Demagogie die Volksmassen hinter sich zu bringen. Das ist ein altbekanntes Manöver reaktionärer herrschender Klassen, um mit "kritischen Situationen" fertigzuwerden.

Statt dieses schmutzige Spiel der reaktionären Machthaber Argentiniens zu entlarven, betet die PdAA die chauvinistische Propaganda dieses verfaulten Regimes nach, stellt sie sich an die Seite dieser blutbesudelten Militärdiktatur. Das ist Verrat an den Interessen der argentinischen Arbeiterklasse und des ganzen argentinischen Volkes, Verrat am proletarischen Internationalismus.

"DRITTE-WELT"-PROPAGANDA FÜR DIE REAKTIONÄREN REGIMES IN LATEINAMERIKA

In Zentralorgan der PdAA kann man die erstaunliche Behauptung lesen:

> "Alle Länder Lateinamerikas unterstützen Argentinien."

Einen solchen Unsinn kann nur verkünden, wer das Geschehen in Südamerika durch die "Drei-Welten"-Brille sieht und die Augen vor den Tatsachen verschließt.

Argentinien kämpfe für eine gerechte Sache und die Staaten des ganzen Kontinents unterstützten es darin - so behauptet die PdAA. Ganz im Stile Deng Hsiao-pings vertuscht sie, daß diese "Länder" nichts anderes sind als reaktionäre, großteils offen faschistische Staaten, die allesamt vom Imperialismus abhängig sind.

Zudem stimmt es einfach nicht, daß alle Länder Lateinamerikas Argentinien unterstützen. Sofern sie es tun, ist das Unterstützung eines reaktionären Staates an den anderen und daher kein Grund zur Begeisterung. Zwar arbeiten die konterrevolutionären Regimes in Südamerika sehr eng gegen die Revolution zusammen, gleichzeitig bestehen aber zahlreiche chauvinistische Rivalitäten zwischen ihnen, werden in den Konflikten zwischen ihnen auch die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten ausgetragen. Das hat schon zu einer ganzen Reihe von Kriegen auf diesem Kontinent geführt. Solche Gegensätze bestehen zum Beispiel auch zwischen Chile und Argentinien. Deshalb ist es nicht zufällig, daß Chile gleich zu Beginn des Falkland-Kriegs zu verstehen gab, daß es gar nicht daran denke, Argentinien irgendwelche Hilfe zu leisten und sogar in Aussicht gestellt hat, den britischen Imperialisten chilenisches Territorium als Stützpunkt zur Verfügung zu stellen.

Diese Realität paßt nicht in das opportunistische Konzept der PdAA, deshalb ignoriert sie die PdAA einfach.

VOLLKOMMENE VERTUSCHUNG DER ZWISCHENIMPERIALISTISCHEN RIVALITÄTEN IM KAMPF UM DIE VORHERRSCHAFT IN DER WELT

Nachdem "Zeri i Populit" Argentinien und "alle Länder Lateinamerikas" als die angeblich im Recht stehende Seite propagiert hat, fährt das Zentralorgan der PdAA fort:

> "Auf der anderen Seite (!) unterstützen die USA Britannien."

Wir wollen nicht bestreiten, daß England von den USA im Verlauf des Krie-

* Dieser Artikel wurde am 13.5.1982 auf englisch von der albanischen Nachrichtenagentur ATASH verbreitet. Die Übersetzung der Zitate wurde nach diesem albanischen Nachrichtenbulletin vorgenommen.

ges eine gewisse militärische und diplomatische Unterstützung erhielt.
Aber das - und nur das - festzustellen, ist weniger als die halbe Wahrheit.

In Wirklichkeit gibt es zwischen den amerikanischen und den britischen Imperialisten um den "Falkland-Konflikt" auch ganz erhebliche Widersprüche.

Argentinien ist politisch und ökonomisch vor allem vom US-Imperialismus abhängig. Erst kurz vor der argentinischen Besetzung der Falklands war Washingtons "Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten" in Buenos Aires, wo er "aufmerksam den Erklärungen Galtieris über... den Nutzen einer militärischen Basis Argentiniens auf den Malvinen gelauscht hatte" (Der Spiegel, Nr.35/82, S.150). Als dann die argentinische Besetzung der Falkland-Inseln erfolgt war, zogen die US-Imperialisten das Konzept einer "Gemeinsamen Hoheitsverwaltung" der Falklands durch d r e i Länder, nämlich Argentinien, England u n d die USA, aus der Tasche. Dessen Realisierung hätte die Position Englands in dieser Region klar zugunsten des US-Imperialismus untergraben. Dieser Plan ist dann aber an der von den US-Imperialisten nicht erwarteten "Härte" Englands gescheitert, das seine imperialistischen Interessen auf militärischem Wege durchgesetzt hat.

Diese Widersprüche zwischen den britischen und amerikanischen Imperialisten existieren für die PdAA überhaupt nicht. So schreibt "Zeri i Popullit" etwa über die "angloamerikanischen Strategen", als ob es sich dabei um eine, um eine gemeinsame angloamerikanische Strategie handelte und nicht um Strategien zweier imperialistischer Großmächte, die auf der Jagd nach Maximalprofit mit Notwendigkeit in Gegensatz zueinander geraten.

Noch krasser zeigt sich die völlig falsche, ignorantenhafte Haltung der PdAA bei ihrer Darstellung der Politik der westeuropäischen Imperialisten:

> "Die westeuropäischen Länder, die über Argentinien eine totale (?) Blockade verhängt haben und ihr "Äusserstes (!) tun, um Britannien zu helfen und um es aus seinem gegenwärtigen Schlingern herauszuholen, sind ebenfalls dieser vereinigten imperialistischen Front beigetreten. Sie versuchen, ihre Haltung mit der 'obligatorischen' Solidarität zu rechtfertigen, die sie vermutlich aus ihrer Allianz mit Britannien in der NATO und in der EG herleiten. Tatsächlich handelt es sich aber nicht um eine formale Solidarität."

Das heißt die Dinge vollkommen auf den Kopf zu stellen. Die westeuropäischen Imperialisten haben keineswegs "ihr Äußerstes" zur Unterstützung Englands getan, sondern gerade das für die 'obligatorische Solidarität' erforderliche Minimum. Die nur äußerst widerwillig beschlossenen und vornherein mit allerlei Vorbehalten und Einschränkungen versehenen "Boykottmaßnahmen" hatten faktisch nur geringe Bedeutung. Außerdem wurden sie von den einzelnen imperialistischen Mächten in vielfältiger Weise "unterlaufen".

Oder nehmen wir die österreichischen Imperialisten. Argentinien ist Österreichs "Handelspartner Nr.1" in Südamerika. Österreich hat sich an den Boykottmaßnahmen nicht beteiligt. Lediglich die Lieferung weiterer 29 österreichischer "Kürassier"-Panzer zu den über 70, die bereits für die faschistischen Militärs rollen, wurde vorläufig "ausgesetzt". Doch wurde der zeitweilige EG-Wirtschaftsboykott gegen Argentinien vom österreichischen Kapital mit 'Sympathie' aufgenommen, weil es sich dadurch die Möglichkeit des Ausbaus seiner e i g e n e n Geschäfte mit Argentinien versprach !

Wahr ist, daß die imperialistischen Mächte, besonders die Großmächte, heute keineswegs "ihr Äußerstes" tun, um den anderen Imperialisten, mit denen sie rivalisieren, aus Schwierigkeiten herauszuhelfen, sondern diese Schwierigkeiten ausnutzen, um ihre jeweils e i g e n e n imperialistischen Ziele durchzusetzen. Darauf ist auch ihre Politik in den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bündnissen ausgerichtet.

Wie weit müssen der PdAA doch bereits die elementarsten marxistisch-leninistischen Beurteilungskriterien verloren gegangen sein, daß ihr Blick auf die Weltentwicklung derart katastrophal verstellt ist ?!

DIE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS AUF DEN KAUTSKYANISCHEN POSITIONEN DES "ULTRAIMPERIALISMUS"

Die PdAA erklärt die angeblich so lückenlos gewesene "Solidarität" der "vereinigten imperialistischen Front" der westlich-kapitalistischen Länder aus dem

> "Verlangen, die Unterteilung der Welt, die sie als Großmächte in der Vergangenheit vornahmen, zu k o n s e r v i e r e n".

In diesem Zitat schürzen sich die revisionistischen Positionen der PdAA zu einem Knoten.

Das ABC des Marxismus-Leninismus besagt, daß bei weitem nicht alle Imperialismen interessiert sind, die in der Welt bestehenden Aufteilungsverhältnisse zu konservieren, sondern höchstens jene, die bei dieser Aufteilung den Löwenanteil erhascht haben. Alle anderen Imperialisten streben gerade das Gegenteil von dem an, was die PdAA behauptet. Aufgrund des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung gerät die von den Imperialisten "in der Vergangenheit" vorgenommene "Unterteilung der Welt" mit Notwendigkeit in zunehmenden Konflikt mit dem neuen Kräfteverhältnis auf dem Weltmarkt. Daraus folgt,

> "daß zur Herstellung des 'Gleichgewichts' zwischen der alten Verteilung der Einflußsphären und dem neuen Kräfteverhältnis periodische Neuaufteilungen der Welt durch imperialistische Kriege notwendig sind." (Stalin, Über die Opposition, S.715)

Schon längst sind die "Kräfteverhältnisse" zwischen den Imperialisten mit der "Unterteilung der Welt" in Widerspruch geraten, wie sie im Ergebnis des 2.Weltkriegs - "in der Vergangenheit" - vorgenommen wurden. Die Unvermeidlichkeit der sich daraus ergebenden Verschärfung der zwischenimperialistischen Gegensätze, deren "natürliche" Fortsetzung der imperialistische Krieg zur Neuaufteilung der Welt ist, wurde bereits 1952 von Stalin wissenschaftlich vorausgesagt. Die Umwandlung der ehemals sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins in das imperialistische Rußland Chruschtschows und Breshnews hat die innerimperialistischen Gegensätze, besonders die Rivalität der imperialistischen Großmächte, noch umfassender gemacht.

Selbstverständlich spielt auch im Krieg um die Falkland-Inseln dieses Ringen der Imperialisten, ihr Kampf um Einflußsphären, Absatzmärkte und Rohstoffe, die Sicherung bzw. Erringung einer möglichst vorteilhaften Position in dieser strategisch wichtigen Region, in der auch bedeutende Rohstoffe lagern, eine ganz wesentliche Rolle.

Vergegenwärtigen wir uns:

- Die PdAA vertuscht die Widersprüche zwischen den reaktionären Staaten Lateinamerikas;
- Die PdAA vertuscht die Widersprüche zwischen den britischen und den amerikanischen Imperialisten, zwischen den britischen und den übrigen Imperialisten Westeuropas;
- Die PdAA leugnet das Streben der Imperialisten nach Neuaufteilung der Welt.

Das alles geht eindeutig in die Richtung der Kautskyschen "Theorie des Ultraimperialismus", denn trotz allem Phrasengeklingel ist es so, daß die PdAA in Wirklichkeit genau wie der Renegat Kautsky

> "die tiefsten und fundamentalsten Widersprüche des Imperialismus umgeht und vertuscht". (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S.298)

* * *

Eine wesentliche Grundlage des revisionistischen Standpunkts der PdAA ist ohne Zweifel die "Theorie der Supermächte". Das zeigt sich auch in dem "Zeri-i-Popullit"-Artikel. Man höre und staune, welche Lehre die PdAA aus dem Falkland-Konflikt zieht:

> "Die Vorgänge um die Malvinen-Inseln entlarven einmal mehr das imperialistische Spiel der Supermächte, die, wenn es ihre unmittelbaren und ei-

gennützigen Interessen berührt, auf keine Verträge und Übereinkommen Rücksicht nehmen, die in der Tat die ersten sind, die eben diese Verträge verletzen, obwohl sie sie selbst unterzeichnet haben."

Argentinien und England führen in Verfolgung der erzreaktionären Interessen der in diesen beiden Staaten herrschenden Ausbeuterklassen Krieg gegeneinander - und die PdAA läßt ihren Artikel über diesen Krieg in einer Veurteilung der "Supermächte" münden, gerade so, als ob diese "Supermächte" die Hauptschuldigen dieses Krieges seien. Es gibt wahrlich genügend Verbrechen der beiden imperialistischen Großmächte, welche die PdAA als "Supermächte" bezeichnet, es besteht aber kein Grund, sie als eine Art von "bösem Weltgeist" hinzustellen, der buchstäblich hinter jeglichem Übel und Verbrechen stehe, wer immer es auch verschuldet. Ganz offensichtlich ist die zwangsläufige Folge einer derartigen Verabsolutierung die völlige Reinwaschung aller anderen Imperialisten, Faschisten und Reaktionäre der Welt !

Geradezu grotesk wird es, wenn die PdAA den Bruch von "Verträgen und Vereinbarungen" durch die "Supermächte" verurteilt, obwohl noch kein Mensch auf der Welt je von derartigen Verträgen gehört hat, die beim Krieg zwischen England und Argentinien von den "Supermächten" gebrochen worden sein sollen.

Aber das sind lediglich die Blüten des grundlegend revisionistischen und nationalistischen Standpunktes, den die PdAA seit längerem einnimmt.

Friedrich Engels sagte:

> "Wie leicht und angenehm es sich doch abwärtsrutscht, ist man erst einmal auf der schiefen Ebene!" (Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, MEW Bd.22, S.494, 1894)

Es bestehen wenig Hoffnungen, daß die PdAA ihre rasende Talfahrt in den Sumpf des vollendeten Opportunismus und der restlosen kapitalistischen Entartung des Landes noch stoppen wird.



Eine zwingende Notwendigkeit

Wir haben es lange und oft - vom Standpunkt unserer finanziellen Erfordernisse her viel zu lange und allzu oft - hinausgeschoben, doch jetzt ist ein weiterer Aufschub schon ganz und gar unmöglich: **W i r müssen den Abonnementspreis der "Roten Fahne" wesentlich erhöhen.**

AB 1.SEPTEMBER 1982 WIRD DAS ABONNEMENT FÜR ZEHN AUFEINANDERFOLGENDE AUSGABEN DER "ROTEN FAHNE"

ö.S. 165,-

KOSTEN ! Für die laufenden Abos gilt die Erhöhung natürlich erst nach Auslaufen des gegenwärtigen Abonnements.

Die Erhöhung der Abo-Gebühr ist aus zweierlei Gründen absolut unvermeidlich und längst überfällig. Erstens ist die Teuerung bei Druckmaterial, Papier und besonders beim Postporto ganz enorm. In den letzten beiden Jahren war es bereits so, daß vom alten Abo-Betrag allein S 65,- auf das Porto bzw. den Versand entfielen, sodaß für 10 Nummern ganze S 20,- verblieben.

Der zweite Grund ist die bedeutende Erweiterung des Umfangs der Einzelnummern. Z.Bsp. zählen die zuletzt erschienenen 10 Ausgaben zusammen mehr als 700 Seiten und macht ihr Einzelverkaufspreis S 210,- aus. Wenn sie der RF-Abonnent nun um S 100,- plus S 65,- Versandkosten erhält, ist das Abonnement immer noch äußerst preisgünstig.

Wir wissen sehr wohl, daß den Großteil unserer Abonnenten jede Verteuerung empfindlich trifft. Doch uns bleibt kein anderer Ausweg, wofür wir um Verständnis bitten.

DIE REDAKTION

Aus der Tätigkeit unserer Bruderorganisationen

FLUGBLATT DES "WESTBERLINER KOMMUNIST" ZUM TOD VON K.J.RATTAY BESCHLAGNAHMT!

Nach der Ermordung von Klaus-Jürgen Rattay beim Räumungseinsatz in der Bülowstraße haben die Herrschenden in Westberlin, wie nicht anders zu erwarten, alle ihre Organe von den Bourgeois-Parteien SPD/FDP/CDU über die "unabhängige" Justiz bis hin zu den (Polizei-) Berichterstattern in den Medien in Bewegung gesetzt, um sich und ihre polizeilichen Knüppelgarden von jeder Verantwortung reinzuwaschen.

Neben den durchsichtigen Abwiegelungsmanövern wie der Farce eines nach kurzer Zeit wieder eingestellten Ermittlungsverfahrens oder einiger Krokodilstränen verbeamteter "Dialog-Sucher" zeigte sich aber auch, daß die einkalkulierte Tötung von Demonstranten bei Polizeieinsätzen zur Einschüchterung und "Warnung" aller dienen soll, die gegen das kapitalistische System oder auch nur gegen einige seiner Eiterbeulen kämpfen und ihren Protest auf die Straße tragen. Das Vorgehen der Polizei bei der versuchten Hausbesetzung in der Goebenstraße, bei der erst vor kurzem wieder Demonstranten gezielt in den fließenden Verkehr geknüppelt wurden, zeigt, daß die Vorgänge, die zum Tod von K.-J.Rattay führten, kein einmaliger Übergriff, kein "Exzess" einiger übereifriger Polizisten waren. Hinter solchen Einsätzen steckt System; sie sind Teil der in den letzten Wochen und Monaten forcierten "Abschreckungsstrategie", in die sich die Verurteilungen im Zusammenhang mit den Demonstrationen am 22.September und danach, das sogenannte Vermummungsverbot, die Überfälle der "Sondereinsatzkommandos" auf Demonstrationen mit gezielten und wahllosen Verhaftungen einreihen.

In diesem Rahmen steht auch die Beschlagnahmeaktion der Westberliner Staatsanwaltschaft gegen das Flugblatt des WESTBERLINER KOMMUNIST "Ein weiteres Opfer des staatlichen Terrors",* das zu den Ereignissen des 22.September Stellung nimmt. Schon im Oktober leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die presserechtlich verantwortliche Redakteurin des WESTBERLINER KOMMUNIST wegen "öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" ein und erwirkte einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluß. Durchgeführt wurde dieser jedoch - wohl nicht zufällig - erst im Dezember, nach der Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen des Todes von K.J. Rattay. Mittlerweile liegt auch der Strafbefehl über 1.800 DM vom 19.2. 1982 vor.**

Was erregt den Unmut der Staatsanwälte und Richter? Ihnen erscheint u.a. die Feststellung strafwürdig, daß die Marxisten-Leninisten es selbstverständlich **n i c h t** als ihre Aufgabe betrachten, den Kämpfenden zuzurufen: "Laßt ab von diesen Kämpfen, sie bringen nichts! Wartet bis die Arbeiter euch verstehen!" Stein des Anstoßes ist offenkundig die eindeutige Parteinahme des Flugblatts für den militanten Widerstand gegen Lummers Knüppelgarden, die Zurückweisung jener händeringend nach "Vernunft und Mäßigung auf beiden Seiten" rufenden Distanzierung von gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem imperialistischen

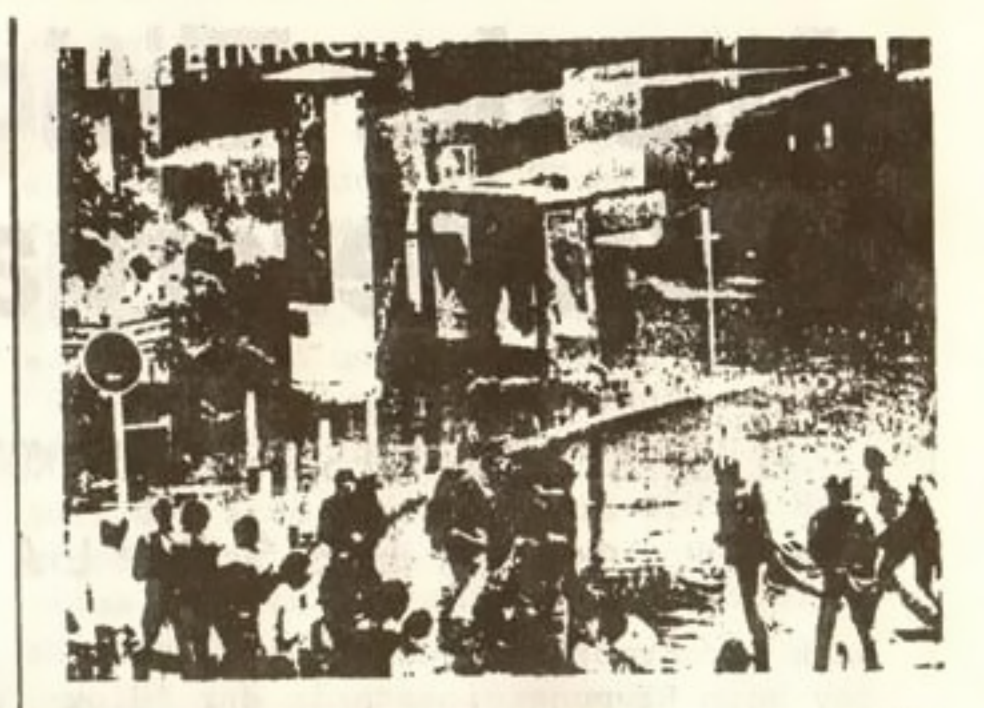
* Dieses Flugblatt des WESTBERLINER KOMMUNIST haben wir auf S.43-45 abgedruckt.

** Gegen diesen Strafbefehl hat die presserechtlich verantwortliche Redakteurin des WBK Einspruch erhoben.

Staatsapparat, die so häufig bei sich als "alternativ" oder gar als marxistisch-leninistisch verstehenden Gruppierungen zu finden ist. Aber nach Juristen- und Polizistenlogik verhält sich sowieso nur derjenige "gesetzeskonform", der die Anweisungen der polizeilichen Einsatzleitung unter den Demonstranten verbreitet.

Weiterhin erklären die Ermittlungsbehörden jene Passage des Flugblatts zum Kriminaldelikt, in der es auf die Perspektiven des Kampfes gegen den Staatsapparat und die kapitalistische Gesellschaftsordnung überhaupt zu sprechen kommt. Es wird dort hervorgehoben, daß nicht die Auseinandersetzungen hier und heute - so wichtig und lehrreich sie sind - von ausschlaggebender Bedeutung sind, sondern es letztlich darauf ankommt, das Übel bei der Wurzel zu packen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihren Staatsapparat in der proletarischen Revolution gewaltsam zu zerschlagen, um mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats eine höherstehende, dem Kapitalismus in allen Bereichen überlegene sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Diese Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus, ein zentrales, ja das wichtigste Anliegen der kommunistischen Literatur und Propaganda seit Marx und Engels, hat der WESTBERLINER KOMMUNIST seit seinem Bestehen wiederholt gegen die reformistische Illusionsmacherei verteidigt und betont. Wenn gerade jetzt die Strafwürdigkeit dieser Tatsache entdeckt wird, so hängt dies zum einen sicherlich mit der auf allen Gebieten voranschreitenden Faschisierung des Staatsapparats zusammen. Zum anderen ist es Ausdruck davon, daß die Verbreitung allgemeiner kommunistischer Grundsätze und Ziele mit einer klar parteilichen -



Beim Besuch Reagans in Westberlin am 11.Juni 1982 demonstrierten Tausende ihren Protest. Unser Bild zeigt die gewaltsamen Kämpfe am Nollendorfplatz im westberliner Stadtteil Schöneberg gegen die vom westdeutschen Imperialismus befehligten Polizeikräfte.

aber Kritik an Inhalt und Perspektive der Kämpfe nicht ausschließenden - Solidarität gegenüber den heutigen militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei die Herren Staatsanwälte und Richter anscheinend besonders stört.

Die Bourgeoisie antwortet heute auf den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit Polizeiknüppeln, mit Gefängnis, dem Mord an Demonstranten und auch mit dem Versuch, revolutionäre und kommunistische Propaganda zu unterdrücken, wobei uns bewußt sein muß, daß sie ihre Mittel der Repression noch lange nicht ausgeschöpft hat. Für die Marxisten-Leninisten und alle Revolutionäre, die der kapitalistischen Gesellschaft den Kampf angesagt haben, kann die Antwort darauf nur sein, was Marx und Engels vor über 100 Jahren im KOMMUNISTISCHEN MANIFEST festgestellt haben und was von bleibender Aktualität ist:

> "Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!"

(Als Flugblatt verbreitete Stellungnahme des WESTBERLINER KOMMUNIST)

ZUM TOD VON KLAUS RATTAY: (Flugblatt des "Westberliner Kommunist")

EIN WEITERES OPFER DES STAATLICHEN TERRORS

Nachdem in den letzten Jahren im Zuge der "Terroristen"-Hatz Revolutionäre wie Georg von Rauch und Tommi Weißbekker mit Todesschuß "verhaftet" wurden, begegneten die Herrschenden in Westberlin zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte einer breiten Protestbewegung mit der ERMORDUNG EINES DEMONSTRANTEN.

* BENNO OHNESORG mußte sterben, weil die SPD-Neubauer-Knüppelgarde die "Ordnung" in der Stadt herstellen wollte, um dem Henker Schah einen durch Proteste ungetrübten Empfang zu bereiten und ihn ungestört als Garant der Interessen der westdeutschen Imperialisten im Iran zu präsentieren.

* KLAUS RATTAY mußte sterben, weil die CDU-Lummer-Knüppelgarde mit der Räumung der 8 besetzten Häuser vorführen wollte, auf welche Weise das "Recht" auf ungehinderte Bodenspekulation und Investitionsschwindel gegen den Widerstand der Hausbesetzer-Bewegung durchgesetzt werden soll.

Es ist die nackte Reaktion, die hervortritt, wenn die Profitinteressen des Finanzkapitals berührt werden, seien es die an der Ausbeutung anderer Völker durch Kapitalexport oder die an Häuserspekulationen, die auf dem Rükken der Werktätigen des eigenen Landes ausgetragen werden.

Mögen die Bourgeois-Parteien von SPD/FDP/CDU noch so viel von "Freiheit" und "Demokratie" faseln, die "Rechtssicherheit" und den "Inneren Frieden" beschwören und die parlamentarische "Schwatzbude" damit beschäftigen, den "Dialog" wieder aufzunehmen. Die letzten Tage und Wochen haben erneut vor Augen geführt, daß die Macht nicht im Parlament, sondern auf der Straße ausgeübt wird, daß ihr "Dialog" der Dialog mit dem Polizeiknüppel ist, daß ihre "Demokratie" Tränengasgranaten gegen Demonstrationen bedeutet, daß ihre "Freiheit" die Freiheit der Knüppelgarden ist, einen Demonstranten in den Tod zu prügeln.

Nicht Freiheit und Demokratie, sondern Reaktion auf der ganzen Linie, das ist das wahre Gesicht des Imperialismus !

Gerade dies versucht die herrschende Klasse mit Hilfe ihrer parlamentarischen und publizistischen professionellen Farbverdreher zu verschleiern, mit Demagogie und Hetze gegen die "Chaoten" zu vertuschen. Doch die Wahrheit läßt sich auf Dauer nicht verbergen !

Zu viele wissen, daß Klaus Rattay starb, weil die Polizei 200 Protestierende in den fließenden Verkehr knüppelte, die zu diesem Zeitpunkt noch friedlich gegen Lummers Provokation demonstrierten.

Zu viele haben es gesehen und am eigenen Leib verspürt, daß es reine Demagogie ist, wenn die Lüge verbreitet wird, daß die Polizei nur gegen "Krawallmacher" und "Chaoten" eingesetzt wird. Die Wahrheit ist, daß die Polizei meist unvorbereitete Demonstranten überfällt, da sich die militanten Teile durch massiven Widerstand Respekt verschaffen.

Stets sind es die Herrschenden, die mit Gewalt ihre Macht auf der Straße durchsetzen und die gewaltsame Auseinandersetzung auf die Tagesordnung bringen.

Die Polizei hat mit ihren Knüppeln Tausenden beigebracht, daß der "Friede", den sie meinen, der Frieden unter ihren Polizeistiefeln ist, ein Frieden mit Knüppeln und Tränengasgranaten. Und es braucht wenig Phantasie, daß die Herrschenden für die Erhaltung dieses "Friedens" auch Gewehre und Granaten einzusetzen bereit sind.

Ihr "Frieden", das ist der mal versteckte mal offene Krieg gegen jeglichen Widerstand gegen ihre Ausbeutergesellschaft !

GEWALTSAMER WIDERSTAND IST BERECHTIGT !

Es ist mehr als berechtigt, wenn sich die Empörung über den Mord an Klaus Rattay gewaltsam Luft macht, wenn sich die Demonstranten nicht widerstandslos mit Polizeiknüppeln prügeln und mit Tränengasgranaten beschießen lassen, sondern sich mit Steinen zur Wehr setzen, wenn sie den lebensgefährlichen Angriffen, die mit den "Wannen" mit hoher Geschwindigkeit gegen die Menschenmenge gefahren werden, Barrikaden entgegenstellen.

Auch wenn die Barrikaden nicht von sehr großer Wirksamkeit waren, dazu waren sie zu schlecht ausgeführt und zu unorganisiert aufgebaut, so waren und sind sie jedoch ein Symbol des Widerstands und des gewaltsamen Protests.

Freilich werden auf diesen Barrikaden keine Siege errungen. Stets gelang es den Wasserwerfern, diese niederzuwalzen, gelang es den Knüppelgarden früher oder später durchzubrechen. Aber was beweist das? Daß diese Kämpfe unsinnig sind oder gar den staatlichen Terror erst hervorbringen?

Nein. Es zeigt, daß der Protest noch unorganisiert und spontan ist, daß die Erfahrungen der überwiegend Jugendlichen in diesen Kämpfen noch gering sind, daß sich zwar schon tausende an diesen Kämpfen beteiligt haben, sich jedoch mit einem riesigen Polizeiaufgebot konfrontiert sehen.

Es zeigt aber vor allem, daß diese Kämpfe noch isoliert sind von der Hauptkraft des Kampfes gegen dieses Ausbeutersystem, daß sie noch nicht mit der Arbeiterklasse verbunden sind. Die Arbeiterklasse ist noch nicht auf den Plan getreten, sonst hätten diese Kämpfe ein anderes Gesicht. Es ist nicht schwer vorzustellen, welche Kampfkraft und welche Macht es bedeuten würde, wenn die Betriebe streikten und zehntausende Arbeiter die Fabriken verlassen, um sich in den Kampf einzureihen.

Ja, dies ist noch Vorstellung. Das stimmt. Die Arbeiterklasse steht noch weitgehend abseits, hat sich noch nicht von den mit den Ausbeutern paktierenden Gewerkschaftsbonzen gelöst, begegnet den Häuserkämpfen in großen Teilen mit Skepsis, ja zuweilen auch mit Abneigung.

Aber kein denkender und klassenbewußter Arbeiter kann glauben, daß die Polizeibüttel der Bourgeoisie mit ihnen anders umspringen werden, wenn die Arbeiter den Kampf für ihre Interessen aufnehmen. Das haben die Merkator-Drucker am eigenen Leib verspürt.

Unsere Aufgabe ist nicht, zu rufen: "Laßt ab von diesen Kämpfen, sie bringen nichts! Wartet bis auch die Arbeiter euch verstehen!".
So kann nur ein arbeiteraristokratischer Philister reden. Haben nicht die Schlachten gegen Lummers Knüppelgarden gezeigt, daß sich mit jedem Kampf die Zahl der Empörten und Kampfbereiten erhöht hat, trotz Verhafteten und Verletzten, ja sogar trotz des Todes eines Demonstranten. Der gewaltsame Widerstand ist gerecht!

Unsere Aufgabe ist es, bewußt zu machen, daß es einer festen revolutionären Organisation bedarf, wenn diese spontanen Kämpfe nicht früher oder später der Resignation Platz machen sollen. Es gilt bewußt zu machen, daß es nicht nur um den Kampf jetzt und heute geht, sondern darauf ankommt, letztlich die Schlacht zu gewinnen, diesen Staat und diese kapitalistische Gesellschaft in der proletarischen Revolution gewaltsam zu zerschlagen und eine neue Welt, die Welt des Sozialismus und Kommunismus aufzubauen.

Die Kraft, die diesen Kampf zum Sieg führen wird, wird die Arbeiterklasse sein, an deren Spitze ihre besten Elemente stehen werden, organisiert in einer wahrhaft kommunistischen, marxistisch-leninistischen Partei. Eine solche Partei wieder aufzubauen, betrachten wir als Marxisten-Leninisten als unsere Hauptaufgabe. Es ist unsere feste Überzeugung, daß dies die Pflicht jedes bewußten Revolutionärs und jedes fortgeschrittenen, klassenbewußten Arbeiters ist.

* * * * *

Klaus Rattay hat gespürt, daß dieses kapitalistische System ihm keine Zukunft zu bieten hat. Ja vielen tausenden Arbeiterjugendlichen kann dieses System nicht einmal in der Gegenwart die Möglichkeit zu arbeiten geben. Klaus Rattay hat diese Lage nicht kampflos hingenommen. Er hat sich der Hausbesetzer-Bewegung angeschlossen, der Bewegung, in der heute die Rebellion und der Protest der Jugendlichen gegen dieses System am deutlichsten zum Ausbruch kommt und hat in ihren Reihen gekämpft.

Lummers Knüppelgarden haben ihn in den Tod geprügelt. Klaus Rattays Tod wird ebensowenig vergessen werden, wie die Ermordung Benno Ohnesorgs.

Es kommt der Tag, wo die hohen Herren für ihre Verbrechen bezahlen müssen !

> "Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg; steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum." (Mao Tse-tung)

PROZESS

gegen Walter Hofmann wegen «böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland» in einem Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG

Am 4.November 1981 kam es in Frankfurt zum ersten Gerichtsprozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen eines Flugblattes von GEGEN DIE STRÖMUNG, Walter Hofmann. In der Anklageschrift hieß es unter anderem, der Angeklagte habe

> "durch Verbreiten von Schriften die Bundesrepublik Deutschland oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht..
> Der Angeschuldigte ist presserechtlich verantwortlich für eine Flugschrift mit der Überschrift: 'Der Kampf gegen den Faschismus darf nicht vom Kampf gegen den Imperialismus getrennt werden!'(Zum faschistischen Militärputsch in der Türkei - Zum faschistischen Attentat in München).
>
> Auf Seite 2 dieser Flugschrift heißt es:
> 'Ganz unbestreitbar waren die Spuren, die auf die Angehörigen der faschistischen Bande 'Wehrsportgruppe Hoffmann' deuteten; dennoch wurden keine Faschisten bisher festgenommen, die weiterhin ungestört ihren faschistischen Geschäften nachgehen. Der Staatsapparat sorgt sich ganz offensichtlich nicht um dieses Treiben, sondern billigt es. Wie ließe sich sonst erklären, daß selbst nach einem derartig barbarischen Verbrechen zum Beispiel der Waffenbesitz solcher Faschisten kein Grund zu sein scheint, sie festzunehmen? Warum sollte der westdeutsche Staatsapparat gegen Faschisten vorgehen, ist er doch selbst seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 mit Angehörigen der Hitlerschen SS, ehemaligen GESTAPO-Leuten, NSDAP-Mitgliedern von oben bis unten durchsetzt, sind doch gerade im Bereich des Unterdrückungsapparats des westdeutschen Staates Experten aus der Zeit des Hitlerfaschismus zu finden gewesen und immer noch zu finden, die maßgeblich diesen Unterdrückungsapparat mittragen.
> Ein derartig reaktionärer Staatsapparat wie der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus, der im Kampf gegen Revolutionäre, Antiimperialisten und Antifaschisten immer wieder bestrebt ist, seine Perfek-

tion unter Beweis zu stellen, seine Rücksichtslosigkeit zu demonstrieren und seine Entschlossenheit zu zeigen, antifaschistischen und antiimperialistischen revolutionären Kampf zu unterdrücken, schont logischerweise die Faschistenbanden."

Diese Passagen aus dem Flugblatt, das von GEGEN DIE STRÖMUNG gemeinsam mit Sympathisanten der marxistisch-leninistischen Zeitschrift aus der Türkei Partizan (zum Zeitpunkt der Herausgabe des Flugblattes im Oktober 1980 gab es noch keine Spaltung in PARTIZAN und BOLSEVIK PARTIZAN) kurz nach dem faschistischen Bombenanschlag in München herausgegeben worden war, wurden von der Staatsanwaltschaft zur Grundlage der Anklage genommen.

Freispruch aus «Mangel an Beweisen»

Der Freispruch erfolgte bemerkenswerterweise n i c h t, weil das Gericht etwa zur Auffassung gelangt wäre, die angeführten Passagen enthielten keine "böswillige Verächtlichmachung" oder "Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland". Vielmehr wurde auch mit dem Freispruch inhaltlich die Anklage bestätigt:

Dem Angeklagten hätte die Herstellung und Verbreitung des Flugblattes nicht nachgewiesen werden können! So heißt es in der Urteilsbegründung:

"Der Angeklagte war aus tatsächlichen Gründen von dem Vorwurf freizusprechen, der mit der Anklage vom 21.4.1981 gegen ihn erhoben wurde.
Das Gericht hat es nach dem Grundsatz 'in dubio pro reo' nicht als mit der erforderlichen Sicherheit für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte das betreffende Flugblatt hergestellt und verbreitet hat bzw. daran mitgewirkt hat."

In der mündlichen Ausführung bemerkte Richter Henrici dann als Wink mit dem Zaunpfahl: Passagen aus der Rede des



- *Wissen Sie, lieber Staatsanwalt, beim ersten Mal wollen wir dem Burschen noch eine Chance lassen. Er braucht ja nur den Inhalt seiner Hetzschriften abzumildern. Das hat ja bei anderen auch schon funktioniert.*
- *Dann geben Sie ihm doch einfach Freispruch mangels Beweisen. Damit er weiß, daß es an uns liegt, das nächste Mal eben die Beweise herbeizuschaffen, wenn wir es für nötig halten.*

Angeklagten vor Gericht - etwa die Aussage über die Opfer des staatlichen Terrors - würden gemäß höchstrichterlichem Urteil unter den - berüchtigten - § 90 a fallen.

Das heißt - hinter Amtssprache verklausuliert: DER ERSTE PROZESS IST EINE WARNUNG AN "GEGEN DIE STRÖMUNG"! BEIM NÄCHSTEN MAL KANN ES SCHON ANDERS AUSGEHEN !

Für GEGEN DIE STRÖMUNG heißt das allerdings nicht, daß nun Flugblätter und überhaupt die Propaganda entsprechend den staatsschützenden Vorstellungen der Justiz verfaßt werden.

Viel Feind, viel Ehr ! Der Druck, den der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus auf uns ausübt, wird nicht die damit beabsichtigte Wirkung bei GEGEN DIE STRÖMUNG haben.

(Aus: GEGEN DIE STRÖMUNG, Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands, Nr.27, Dezember 1981)



Der Kampf gegen den Faschismus darf nicht vom Kampf gegen den Imperialismus getrennt werden!

REDE VON WALTER HOFMANN, PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICHER REDAKTEUR VON GEGEN DIE STRÖMUNG, GEHALTEN VOR GERICHT IN FRANKFURT AM 4.11.1981

1.) WAS IST DER GEGENSTAND DER ANKLAGE ?

- Beschimpfung oder böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer verfassungsmäßigen Ordnung;
- Der Vorwurf, daß der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus "einseitig faschistische Tendenzen begünstige", "auf der anderen Seite jedoch rücksichtslos und perfekt nur Antifaschisten verfolge";
- Die Ausführungen im Flugblatt "DER KAMPF GEGEN DEN FASCHISMUS DARF NICHT VOM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS GETRENNT WERDEN!" sollen "bei weitem die Grenzen zulässiger Kritik an den Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland" "überschreiten".

Der Inhalt des Flugblatts, auf den sich die Anklage stützt, hat nichts mit "Beschimpfung" oder "Verächtlichmachung" zu tun. Eine Politik, die sich darauf stützen würde, "zu beschimpfen", also lediglich der Wahrheit widersprechende oder leere und unbewiesene Behauptungen von sich zu geben, wäre allerdings auf Sand gebaut, könnte niemand überzeugen und wäre auch für einen Staatsanwalt keine wirkliche Gefahr. Nur die Wahrheit ist für jene, die die Wahrheit bekämpfen, wirklich gefährlich. Die Frage, um die es in diesem Prozeß geht, ist doch schlicht und einfach:

ENTSPRICHT DAS, WAS IM FLUGBLATT DARGELEGT IST, DEN TATSACHEN ODER NICHT ?

Sehen wir uns also die Tatsachen an:

2.) WIE SIEHT DIE WIRKLICHKEIT IN WESTDEUTSCHLAND HEUTE AUS ?

DER WESTDEUTSCHE STAATSAPPARAT

SCHONT DIE FASCHISTENBANDEN

Wie schon aus der Hauptüberschrift des Flugblatts ersichtlich, geht es um das faschistische Attentat in München. Nach dem faschistischen Bombenanschlag am 26.9.1980 wiesen die Spuren des Anschlags eindeutig in Richtung auf die berüchtigte "Wehrsportgruppe Hoffmann". Aber die Verhaftung von 6 ihrer Mitglieder am 28.9. wird bereits einen Tag später wieder aufgehoben. Nur zwei Tage später wird der Faschistenhäuptling Hoffmann von den österreichischen Grenzbehörden daran gehindert, mit einem Fahrzeugkonvoi nach Österreich einzureisen. Grund: Militärische Aufmachung sowohl der Begleiter Hoffmanns als auch der Fahrzeuge sowie Waffen, die gefunden werden. Die westdeutschen Grenzbehörden hingegen hätten die tatverdächtigen Hoffmann bzw. die anderen Mitglieder seiner Gruppe ungehindert aus Westdeutschland ausreisen lassen.

Außer den Spuren, die vom Münchner Attentat zu Hoffmann und seiner Bande weisen, ist Hoffmann und seine Freundin dringend verdächtig, den Verleger Levin ermordet zu haben ! Nachdem zunächst die Indizien angeblich nicht ausreichten, ihn zu verhaften, führten Monate später dieselben Indizien zu seiner Verhaftung. Der Grund: Ausgerechnet ein Mitglied der "WSG Hoffmann" belastete seinen "Führer". Mit einem Mal stellte der Staatsanwalt die Indizienkette als "lückenlos" dar.

Aber nicht nur in dem konkret vorliegenden Fall läßt sich unschwer ausmachen, wie "rücksichtsvoll" der westdeutsche Staatsapparat mit den Faschistenbanden umgeht, die in letzter Zeit wie Pilze aus dem Boden schießen und immer dreister werden. Ganz allgemein werden immer wieder die Hintergründe faschistischer Aktivitäten verschleiert. Hier soll nur ein Beispiel für viele angeführt werden:

Im Verfassungsschutzbericht Bayern 1980 heißt es etwa unter der Oberschrift "Neonazistische und antisemitische Vor-

fälle":

"Ein politischer Tathintergrund war nicht immer erkennbar. So beschädigten spielende Kinder Anfang 1980 zahlreiche Grabsteine in jüdischen Friedhöfen. Bei Hakenkreuzschmierereien auf Wahlplakaten können rechtsextreme Motive meist ausgeschlossen werden. Eine Gesamtsteuerung der Aktionen durch eine oder mehrere Gruppen war nicht erkennbar." (S.88 des Berichts)

Das ist nur ein Beispiel von vielen, in denen Staatsorgane immer wieder von "Einzeltätern", "spielenden Kindern", "Waffennarren" etc. sprechen, wenn es um faschistische Aktionen geht. Und das angesichts der immer offener auftretenden faschistischen Banden in Westdeutschland, angesichts von umfangreichsten Waffenlagern bei Faschisten, angesichts der sich stetig entwickelnden organisatorischen Bindungen unter den faschistischen Organisationen und von den Organisationen insgesamt zu Faschisten in anderen Ländern.

In der Anklageschrift wird behauptet, daß im Flugblatt davon die Rede sei, daß der staatliche Unterdrückungsapparat "rechtsextreme Gruppierungen strafrechtlich nicht verfolge". Kann der Staatsanwalt nicht lesen? Warum zitiert er nicht unter Angabe der Quelle? Oder will er seine Anklageschrift nicht auf Fakten, sondern auf Interpretationen aufbauen? Ich übergebe hier dem Staatsanwalt noch einmal das Flugblatt und fordere ihn auf, dem Richter vorzulesen, wo seine Behauptung stehen soll !

Aber wir werden sehen, daß das nicht der einzige Fall der Entstellung, ja Fälschung ist, die der laut Gesetz zur Wahrheitsfindung verpflichtete Oberstaatsanwalt Klein begeht.

Im Flugblatt wird nicht behauptet, daß der Staatsapparat nicht gegen Faschisten strafrechtlich vorgehe, denn in der Tat ist er dazu gezwungen, im einen oder anderen Fall auch gegen Faschisten oder faschistische Organisationen vorzugehen. Wie erklären sich aber diese Verfolgungen?

Sie sind Folge des Drucks, den die Antifaschisten in Westdeutschland auf den westdeutschen Staatsapparat ausüben. Wenn die Antifaschisten - unter anderem durch solche Flugblatter - dem westdeutschen Staatsapparat vorwerfen, er nehme die Faschistenbanden in Schutz, so wird der westdeutsche Staatsapparat g e z w u n g e n, mehr als bisher gegen faschistische Organisationen vorzugehen, will er sich nicht zu offensichtlich entlarven vor der breiten Öffentlichkeit. Zum anderen aber steht der westdeutsche Staatsapparat auch unter dem Druck der antifaschistischen Öffentlichkeit im Ausland. Dort hat man noch nicht vergessen, was deutscher Faschismus heißt. Dort beobachtet man mit Recht mit großer Wachsamkeit jede Aktivität von Faschisten in Westdeutschland und ebenso die Reaktionen des westdeutschen Staates.

DER WESTDEUTSCHE STAATSAPPARAT IST SEIT GRÜNDUNG DER BUNDESREPUBLIK BIS HEUTE VON OBEN BIS UNTEN MIT ALTEN FASCHISTEN DURCHSETZT

Die Gefahr des Faschismus in Westdeutschland wächst. Sie rührt aber ganz gewiß nicht nur von der Existenz der faschistischen Banden her. Sie existiert von Anfang an in der Bundesrepublik, da alle wesentlichen Bestandteile des westdeutschen Staatsapparates mit Kadern aus der Zeit des Hitlerfaschismus aufgebaut wurden:

- Im Jahre 1958 stammten 12900 Offiziere der Bundeswehr aus der Wehrmacht, Hitlers Generäle schufen im "Amt Blank" die Bundeswehr bzw. bereiteten ihre Schaffung und Gründung vor;
- Die westdeutschen Geheimdienste wurden mit Hilfe von Gehlen aufgebaut, der den Spionageapparat Hitlers nach Osteuropa hin leitete. Gehlen wurde Chef des Bundesnachrichtendienstes BND.
- Die westdeutsche Polizei und der Bundesgrenzschutz wurde von Kadern aufgebaut, die in GESTAPO, SS und SD waren;
- In der westdeutschen Justiz fanden sich noch 1968 über 800 Juristen, die schon in der verbrecherischen faschistischen Justiz Hitlers ihrem Handwerk nachgegangen waren;
- 1968 waren noch 520 Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Amt der Bundesregierung beschäftigt.

Diese Liste ließe sich noch fortsetzen und mit zahllosen Einzelbeispielen belegen, aber das mag hier genügen.

Auch wenn mittlerweile etliche "Staatsdiener", die bereits den "Treueeid" auf Hitler abgelegt hatten, pensioniert oder gestorben sind, so steht doch eins fest:

Eine Säuberung des Staatsapparats nach den Vorschriften des Potsdamer Abkommens von alten Nazis fand nicht statt, weder bei der Gründung der Bundesrepublik noch später, auch nicht bei Regierungsantritt der sogenannten "sozialliberalen Koalition". Der Charakter des westdeutschen Staatsapparats war also von Anfang an ganz wesentlich von Kadern des "Dritten Reiches" bestimmt, und diesen Charakter hat der westdeutsche Staatsapparat bis heute beibehalten.

Nicht zuletzt sei hier auch daran erinnert, daß führende Repräsentanten der heutigen Regierung bereits unter Hitler "gedient" hatten: Bundeskanzler Schmidt war Offizier der Hitlerwehrmacht, und wenn Menachem Begin festgestellt hat, daß Schmidt niemals seinen Fahneneid auf Hitler gebrochen hat, so ist das unbestreitbar wahr, unabhängig davon, daß Begin selbst seit zig Jahren dem Volk Palästinas gegenüber jene Politik betrieben hat, die Hitler gegen andere Völker, die Juden etc. betrieben hat !

Auch Bundespräsident Carstens war zur Zeit Hitlers in der SA, in der NSDAP und Offizier in der Wehrmacht, ausgezeichnet mit dem "Ehrenkreuz der 1.Klasse". Der Bundestag hat ihn zum Bundespräsidenten gewählt, wohlwissend, welche Vergangenheit dieser Mann hat, und befand ihn offensichtlich für würdig, die Bundesrepublik angemessen zu repräsentieren, und das tut er wirklich !

DIE FASCHISIERUNG IN WESTDEUTSCHLAND ENTWICKELT SICH WEITER

Im Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG ist nicht davon die Rede, daß in Westdeutschland bereits der Faschismus herrscht, wie in der Anklageschrift behauptet wird. Das ist nun auf den wenigen Seiten der Anklageschrift die zweite gravierende Verfälschung des Flugblattextes durch den Staatsanwalt, der sich seiner Sache - als Anwalt des Staates - so sicher wähnt, daß er ganz offen das zur Debatte stehende Flugblatt verfälscht.

Es wird allerdings mit vollem Recht auf die zunehmende FASCHISIERUNG in Westdeutschland aufmerksam gemacht. Dabei muß neben der Gefahr, die von den faschistischen Banden ausgeht, herausgestellt werden, daß die Hauptgefahr der Faschisierung vor allem vom westdeutschen Staatsapparat ausgeht. Dazu hier nur einige Stichworte:

- Das KPD-Verbot von 1956 dient noch heute als Grundlage, von vorneherein jede revolutionäre und kommunistische Kraft in die Illegalität zwingen zu können;
- Mit den Notstandsgesetzen wurden 1968 die Möglichkeiten der Überwachung und Unterdrückung durch den Staatsapparat ausgebaut;
- Petra Schelm, Georg von Rauch, Günther Routhier, Thomas Weißbecker, Holger Meins, Ulrike Meinhoff, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe, Klaus Rattay und noch viel länger ist die Liste derer, die Opfer des staatlichen Terrors geworden sind;
- Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz, Polizei, GSG 9 wurden insbesondere in den letzten zehn Jahren beispiellos ausgebaut, personell, finanziell, technisch, mit neuen Waffen ausgerüstet;
- Nicht zuletzt hat die alltägliche Unterdrückung zugenommen, sei es das immer häufigere Verbot von Demonstrationen, seien es die immer härteren Bestrafungen (Das Sprühen von Parolen kann bereits zu 1 1/2 Jahren Gefängnis führen; schon das Entwerfen eines Flugblatts soll nun schon bestraft werden etc.), seien es die Haftbedingungen revolutionärer Gefangener, seien es die Versuche, Rechtsanwälte von antifaschistischen und antiimperialistischen Gefangenen zu kriminalisieren.

BEGÜNSTIGUNG VON FASCHISTEN - RÜCKSICHTSLOSE VERFOLGUNG VON ANTIFASCHISTEN - EIN BEISPIEL

Es gäbe genug Beispiele, mit denen bereits ganze Bücher gefüllt sind, die belegen, daß heute in Westdeutschland Faschisten mit Milde behandelt werden (Man denke nur an die Milde der Urteile im Maidanek-Prozeß !!!), während alles, was von westdeutschen Behörden für "links" gehalten wird, die ganze "Härte des Gesetzes" zu spüren bekommt. Das zu beweisen fiele mir nicht schwer.

Ich will damit nicht sagen, daß "Linke und Rechte gleichbehandelt" werden sollten. Das fällt mir gar nicht ein. Die Faschisten sind eingeschworene Feinde der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Werktätigen, das hat die Geschichte mehr als einmal bewiesen, während die Revolutionäre, insbesondere die Kommunisten stets auf der Seite des Proletariats, der ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen aller Länder gegen Faschismus, imperialistische Kriege, gegen das imperialistische Weltsystem gekämpft haben.

Wie könnten wir da auch nur im Ansatz dafür eintreten, daß Linke und verbrecherische Faschisten "gleichbehandelt" werden sollen? Das wäre allerdings absurd !

Und so spricht auch die unterschiedliche Behandlung von Faschisten einerseits und von Antifaschisten, Revolutionären und Kommunisten andererseits für nichts anderes als für den wahren Charakter des westdeutschen Staatsapparates.

Oberstaatsanwalt Klein, der die Anklage erhoben hat, möge als Beispiel dienen: Laut "Frankfurter Rundschau" vom 19.1.1979 hat er eine Anzeige des Schriftstellers Jürgen Roth gegen den Faschisten Kosbab wegen Volksverhetzung "verschleppt", so daß eine "Straftat verjährt" ist, folglich es bisher nicht zu einer Anklage gegen den Faschisten gekommen ist. Der hessische Justizminister Günther aber erklärte, es "habe sich kein hinreichender Tatverdacht im Sinne einer Volksverhetzung ergeben" (FR vom 3.2.79). Er stellt sich damit gegen die Aussagen Oberstaatsanwalts Klein, der zunächst behauptet hatte, daß die Unterlagen zu spät bei der Staatsanwaltschaft eingetroffen wären. Wie auch immer, der Faschist Kosbab kam um den Prozeß herum.

Auf der anderen Seite wird das Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG zum Anlaß genommen, Anklage zu erheben, hier lag offensichtlich ein "hinreichender Tatverdacht" vor. Und da hält es Oberstaatsanwalt Klein ausgerechnet für nötig, die Aussage als strafwürdig zu verfolgen, daß "der 'Unterdrückungsapparat' einseitig faschistische Tendenzen begünstige, indem er rechtsextreme Gruppierungen strafrechtlich nicht verfolge, auf der anderen Seite jedoch rücksichtslos und perfekt nur Antifaschisten verfolge."

Wie das Leben so spielt: Ausgerechnet jener Staatsanwalt, der mich wegen einem antifaschistischen Flugblatt anklagt, erweist sich in eklatanter Weise als eine Person, die eben das getan hat, was wir anprangern: Die Linken verfolgt er, die faschistischen Volksverhetzer aber läßt er ungeschoren davonkommen. Ist das wahr oder nicht? Sind das keine Tatsachen oder sind das keine Tatsachen? Das ist die Wahrheit, das kann man belegen und beweisen, das wird jeden ehrlichen Menschen überzeugen !

3. WIE SEHEN DIE "GRENZEN DER KRITIK" IN WESTDEUTSCHLAND HEUTE AUS ?

Welcher Schluß ergibt sich aus dem ganzen Prozeß? Worum geht es hier? Auch darüber findet sich etwas in der Anklageschrift: Die inkriminierten Ausführungen des Flugblattes "überschreiten bei weitem die Grenzen zulässiger Kritik an den Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland" - so der Oberstaatsanwalt.

Es geht also um eine "begrenzte" Kritik, oder deutlicher gesagt - um Zensur. Am ehesten gesichert wäre wohl, folgt man den Ansichten des Oberstaatsanwaltes, daß Flugblätter, Zeitungen, Bücher etc. einer gesonderten Behörde vorgelegt werden, bevor sie verbreitet werden, auf daß geprüft werde, ob der jeweilige Inhalt die "Grenzen der Kritik" überschreitet oder nicht. Sollte die Einrichtung einer derartigen Behörde beabsichtigt sein, würde ich den Oberstaatsanwalt Klein als den richtigen Vertreter der Staatsinteressen in dieser Behörde sehen. Im Zuge der Sparmaßnahmen ist es aber wohl angebrachter, daß jeder Herausgeber von Büchern, Zeitungen und Flugblättern Selbstzensur ausüben möge, zu dieser Auffassung könnte man bei Prüfung der Anklageschrift kommen, wenn man schon so eingeschüchtert ist, wie es der Staatsanwalt wohl vorhat, daß ich in Zukunft eingeschüchtert sein soll.

Mein Motto aber ist:

GEGEN DIE STRÖMUNG ANKÄMPFEN !

● Im Kampf gegen Faschismus kann es keine Zensur geben, die Wahrheit muß ans Licht gebracht werden: Wie auch immer das hier gefällte Urteil lauten mag, es wird nicht verhindern können, daß es auch in Zukunft Antifaschisten geben wird, die furchtlos den Kampf gegen Faschisierung in Westdeutschland führen werden.

ANHANG: AUFRUF ZUR REVOLUTIONÄREN 1.MAI-VERANSTALTUNG 1982 IN WIEN

AUFRUF ZUM 1.MAI 1982

ES LEBE DER REVOLUTIONÄRE 1.MAI

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS

Das sind die zentralen Losungen, unter denen wir Antiimperialisten, Antifaschisten und Revolutionäre verschiedener Nationalitäten in Österreich den 1.Mai, den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse begehen.

Der Weltimperialismus hat Angst vor dem 1.Mai, denn dieser Tag ist Symbol der mehr als hundertjährigen Kampftradition der Arbeiter. Er verkörpert die glänzende Zukunft des Proletariats und den sicheren Untergang der Bourgeoisie. Deshalb versuchen die Imperialisten, Sozialimperialisten* und ihre Handlanger mit den Methoden "Zuckerbrot" und "Peitsche" den revolutionären 1.Mai zu vernichten. In vielen Ländern der Welt müssen sich die Arbeiter und unterdrückten Massen auch dieses Jahr ihren revolutionären 1.Mai unter den Bedingungen des blutigen faschistischen Terrors erkämpfen. Der diesjährige 1.Mai wird erneut die Kraft und Entschlossenheit der Volksmassen in allen Teilen der Welt zeigen, sich durch keinerlei Drohungen und Erpressungen von Demonstrationen unter der Roten Fahne abhalten zu lassen !

In Österreich versuchen die verschiedenen im Dienste des Kapitals stehenden reformistischen und revisionistischen Kräfte schon seit vielen Jahren vor allem mit der Methode der sozialen Demagogie den 1.Mai seines revolutionären Charakters zu berauben. Nicht nur die längst verbürgerlichte und "staatserhaltend" gewordene Sozialdemokratie, nicht nur die arbeiteraristokratischen Bonzen des ÖGB haben den 1.Mai als Tag der revolutionären internationalen Solidarität des Weltproletariats und der für nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völker verraten. Auch von den Revisionisten, Trotzkisten und Opportunisten aller Sorten wird sein revolutionärer Charakter vertuscht - ob sie nun Breshnew oder Deng Hsiao-ping als ihre geistigen Nährväter betrachten oder eher in den Carillos und Berlinguers ihre Vorbilder sehen.

NIEDER MIT DEN VERFÄLSCHERN DES 1.MAI - ES LEBE DER REVOLUTIONÄRE 1.MAI DES PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS !

Gegen all jene, die den 1.Mai zu einer Art Frühlingsfest entseelen wollen, bei dem man bunte Fähnchen schwenkt und hinter dieser oder jener Spielart der imperialistischen Reaktion dahertrottet, unterstreichen die Unterzeichner des vorliegenden Gemeinsamen Aufrufs, darunter Antiimperialisten und Revolutionäre aus Afghanistan, Iran, der Türkei und Österreich, ihr Bekenntnis zum revolutionären Kampf und zur brüderlichen Verbundenheit und Solidarität der Proletarier und der anderen arbeitenden Menschen aller Länder.

Am 1.Mai entbieten wir im besonderen unsere flammenden Kampfesgrüße dem heroischen Volk von El Salvador, das sich mit der Waffe in der Hand gegen die faschistische Duarte-Diktatur und den US-Imperialismus erhoben hat. Wir begrüßen den anwachsenden bewaffneten Kampf des Volkes von Guatemala. Wir grüßen das leidgeprüfte Volk Palästinas, das allen Komplotten seiner zahlreichen Feinde zum Trotz am Widerstand festhält. Wir unterstützen den Kampf der Arbeiter Polens, die unter dem faschistischen Terror des Kriegsrechts ihren Widerstand gegen die revisionistischen Machthaber reorganisieren !

Am 1.Mai bekunden wir unsere Entschlossenheit zur rückhaltlosen Unterstützung des weltweiten Kampfes gegen j e g l i c h e n Imperialismus, gegen j e g l i c h e Form der inneren und äußeren Reaktion, mit der Zielrichtung, die imperialistische Ausbeuterordnung ein für allemal aus der Welt zu schaffen !

Am 1.Mai bekunden wir zugleich gegen den einschläfernden Pazifismus und gegen den kriegshetzerischen Chauvinismus unser Bekenntnis zum revolutionären Kampf gegen die fieberhaften Kriegsvorbereitungen aller Imperialisten und Sozialimperialisten. Wir halten an der revolutionären Losung der Arbeiterbewegung fest, den ungerechten imperialistischen Krieg in den gerechten Krieg der Ausgebeuteten gegen "ihre" Ausbeuter und Unterdrücker umzuwandeln, um die imperialistische Ausbeuterordnung zu stürzen.

NIEDER MIT IMPERIALISMUS, SOZIALIMPERIALISMUS UND JEGLICHER REAKTION !

ES LEBE DER WELTWEITE ANTIFASCHISTISCHE UND ANTIIMPERIALISTISCHE KAMPF !

NIEDER MIT DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEGEN - ES LEBEN DIE REVOLUTIONÄREN BEFREIUNGSKRIEGE DES PROLETARIATS UND DER UNTERDRÜCKTEN VÖLKER !

★

* Die Sympathisanten der Volksfedayin Guerillas Iran in Österreich verurteilen die volksfeindliche Politik der heutigen Sowjetunion und betrachten diesen reaktionären Staat nicht mehr als sozialistisch. Doch verwenden sie in der eigenen Propaganda nicht den Begriff Sozialimperialismus.

DER 1.MAI UND DIE REVOLUTIONÄREN AUFGABEN IN AFGHANISTAN, IM IRAN, IN DER TÜRKEI UND IN ÖSTERREICH

Der 1.Mai ist für uns auch ein Tag, um den Stand des Klassenkampfes nüchtern zu prüfen und um unsere Aufgaben zu bestimmen. In bezug auf die Lage in ihren Heimatländern und in bezug auf die Situation in Österreich erklären die unterzeichnenden Organisationen:

Wir unterstützen den nationalen Befreiungskampf des Volkes von Afghanistan gegen die barbarischen russischen Aggressoren und verurteilen zugleich die reaktionären Machinationen der westlichen Imperialisten und der heutigen chinesischen Machthaber, nach der Vertreibung der russischen Imperialisten, gestützt auf reaktionäre "Islamische" Exilparteien, ein von ihnen abhängiges halbfeudales Regime zu installieren.

Im Interesse des Volkes von Afghanistan gibt es im Kampf gegen das faschistische Karmal-Handlanger-Regime nur die Perspektive des revolutionären bewaffneten Kampfes für ein demokratisches, von j e g l i c h e m Imperialismus unabhängiges Afghanistan, in dem unter Führung des Proletariats, das auch in Afghanistan existiert, die Macht in Händen der revolutionären Massen liegt !

ES LEBE DER BEWAFFNETE BEFREIUNGSKAMPF DES AFGHANISCHEN VOLKES FÜR EIN FREIES, UNABHÄNGIGES UND DEMOKRATISCHES AFGHANISTAN !

Wir unterstützen den revolutionären Kampf des Volkes von Iran gegen das faschistische Regime der "Islamischen Republik", das gegen die Arbeiter und werktätigen Massen und jegliche Opposition eine grausame Terrorherrschafts ausübt. Den unterdrückten Nationalitäten im Iran wird mit blutiger Unterdrückung das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten und bereits die Forderung nach einem autonomen Kurdistan in einem demokratischen Iran, die von verschiedenen Organisationen Kurdistans erhoben wird, wird mit reaktionären Unterdrückungsfeldzügen beantwortet. Zugleich verurteilen wir die imperialistischen Manöver der Kräfte um Banisadre. Gestern kommandierte Banisadre im Dienste des Regimes der "Isla-